



Protokoll

der 43. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 18. Dezember 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: Tim Cuénod (SP), Jérôme Thiriet (GAB), Raffaella Hanauer (GAB), Anina Ineichen (GAB).

Verhandlungsgegenstände:

94. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen,
Bericht der FKom und der BKK 2



Beginn der 43. Sitzung

Mittwoch, 18. Dezember 2024, 09:00 Uhr

94. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

[18.12.24 09:00:17, 24.5488.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Abstimmungskarten

Der Parlamentsdienst wird aus technischen Gründen ab sofort wieder die Abstimmungskarten nach jeder Sitzung einsammeln. Damit dies nicht notwendig ist, bitten wir Sie, Ihre Karten jeweils mitzunehmen, wenn Sie den Raum verlassen und beim Sitzungsbeginn wieder mitzubringen und wieder einzustecken. Vergessene Karten können beim Ratssekretariat abgeholt werden. Wird eine Karte innerhalb der ersten 30 Minuten einer Sitzung ins Lesegerät gesteckt, gelten Sie im Protokoll als anwesend.

Heutiger Sitzungsablauf

Wir beginnen nun mit Traktandum 94, das ist das Budget, und behandeln danach die Traktanden 95 bis 98. Danach fahren wir, wenn wir so weit sind, mit Traktandum 31 fort, wo wir letzte Sitzung stehengeblieben sind.

Wir kommen zu Traktandum 94.

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, auf ihren Bericht einzutreten und das Budget 2025 des Kantons Basel-Stadt mit den Änderungen der Finanzkommission zu genehmigen.

Die Bildungs- und Kulturkommission hat zuhanden der Finanzkommission einen Mitbericht zu den staatlichen Museen verfasst.

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission berichtet zum Globalbudget Öffentlicher Verkehr mündlich.

Das Vorgehen der Budgetberatung ist wie folgt von uns vorgeschlagen: Zuerst eine allgemeine Eintretensdebatte zum Bericht der Finanzkommission und zum Budget. Erste Referenten sind der Präsident der Finanzkommission, die Präsidentin der BKK und der UVEK, die Vorsteherin des Finanzdepartements und der Vorsitzende des Gerichtsrats. Anschliessend folgen Fraktions- und Einzelvoten. Eintreten auf das Budget ist obligatorisch. Die Detailberatung jeweils mit Fraktions- und Einzelsprechenden kommt danach.

Zuerst Gesamtkantonale Feststellungen (Kapitel 4 des Berichts der Finanzkommission), danach departementsweise Beratung. Das Globalbudget der kantonalen Museen ist im Präsidialdepartement integriert. Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr ist im Bau- und Verkehrsdepartement enthalten. Das Vorgezogene Budgetpostulat zum Budget 2025 wird bei dem entsprechenden Departement schon vorher beraten. Danach kommt Kenntnisnahme der Investitionsübersichtsliste und schliesslich die Schlussabstimmung über das Budget 2025.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

Damit sind wir bei der Eintretensdebatte und ich gebe dem Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring, das Wort.

Joël Thüring (SVP): In der heutigen Beratung des Budgets 2025 werden Sie wie üblich mit verschiedenen Zahlen konfrontiert werden und einige dieser Zahlen haben sich in der Zwischenzeit auch bereits mehrfach überholt. Darunter auch die wichtigste Zahl, die die wohl alle am meisten interessiert, nämlich diejenige des prognostizierten Jahresergebnisses. Das vom Regierungsrat vorgelegte Budget ging ursprünglich von einem Überschuss von 9 Millionen Franken aus. Der Regierungsrat budgetierte für das Jahr 2025 zuerst einen Überschuss in der Erfolgsrechnung in dieser Grössenordnung, da dann aber Basel den Zuschlag zur Durchführung des Eurovision Song Contest 2025 durch die SRG Ende August erhielt, waren diese Mittel noch nicht im Budget eingestellt gewesen und mit diesem Budgetnachtrag zum ESC hätte das Budget



dann ein Defizit von 25 Millionen Franken ausgewiesen. Weitere Nachträge seitens des Regierungsrates sowie die Anträge der Finanzkommission, über welche Sie heute ebenfalls beschliessen werden und über welche ich Ihnen nachher noch ausführen werde, führten letztlich zu einem budgetierten Defizit von 30 Millionen Franken. Dies ist auch das, was nun im Budgetbericht der Finanzkommission abgebildet ist.

Dieses Defizit hat sich nun aber noch einmal verändert und wird deutlich kleiner. Grund dafür ist die Jahresteuering. Gemäss dem Schreiben des Statistischen Amtes vom 3. Dezember beträgt die November-Jahresteuering im Kanton 0,5 Prozent. Diese Zahl ist bekanntlich massgebend für die teuerungsbedingte Lohnerhöhung in der kantonalen Verwaltung per 1. Januar 2025. Das regierungsrätliche Budget wurde noch mit einer Teuerungannahme von 1,5 Prozent erstellt und auf dieser Basis wurde beim Personalaufwand eine teuerungsbedingte Steigung von 27,5 Millionen Franken für Personal- und Staatsbeiträge budgetiert. Aufgrund der definitiven Teuerung von 0,5 Prozent ergibt sich eine Verminderung um 18,3 Millionen Franken auf 9,2 Millionen Franken. Der entsprechende Änderungsantrag, der hierfür notwendig ist, liegt Ihnen auf und wurde von mir wie üblich unterschrieben.

Diese doch deutliche Veränderung der Zahlen im Nachgang zur Verabschiedung des Budgetberichts führt nun also wiederum dazu, dass sich die Zahl des Defizits noch einmal deutlich verringert. Folgen Sie den Änderungsanträgen des Regierungsrates, resultiert ein Defizit von gut 8 Millionen Franken, wenn Sie unseren Anträgen, den Anträgen der Finanzkommission folgen, dann ein Defizit von knapp 12 Millionen Franken. Wir nähern uns also der schwarzen Null wieder deutlich an, was zeigt, dass die Finanzlage des Kantons weiterhin erfreulich ist und es Basel-Stadt, und wir dürfen das auch mit Blick auf andere Kantone, ohne dabei hämisch zu sein, sagen und deutlich machen, weiterhin finanziell gut dasteht.

Der Regierungsrat budgetiert also für das kommende Jahr bei einem Aufwand von 5,2 Milliarden Franken ziemlich genau auch einen Ertrag von 5,2 Milliarden Franken. Der Saldo der Investitionsrechnung ist mit 502,9 Millionen Franken um 76,2 Millionen Franken höher als im Vorjahr. Der Kanton kann die Investitionen zu 51 Prozent selbst finanzieren. Das Nettovermögen sinkt auf 96,5 Millionen Franken, wobei die Nettoschuldenquote mit minus 0,1 Promille deutlich unter der Vorgabe der Schuldenbremse von 6,5 Promille verbleibt.

Was sind die wichtigsten Mehrausgaben. Neben der bereits erwähnten Teuerung auf den Löhnen des Staatspersonals und den Staatsbeiträgen zählen zu den wichtigsten Mehrausgaben der Ausbau der Kinderbetreuung mit 34 Millionen Franken, der nationale Finanzausgleich mit 25 Millionen Franken, ein gesetzlich vorgeschriebenes zusätzliches Teuerungsprozent auf den Löhnen des Staatspersonals von 14,3 Millionen Franken sowie der neue Leistungsauftrag für die FHNW von 6,6 Millionen Franken zusätzlich und der Kantonsbeitrag für die stationären Spitalbehandlungen von 6,5 Millionen Franken zusätzlich. Das sind sogenannte wiederkehrende höhere Ausgaben. Die beiden Grossevents, die wir im 2025 erfreulicherweise in Basel durchführen werden können, die Women's EURO mit 11 Millionen und die Durchführung des ESC mit, ich habe es bereits erwähnt, 34 Millionen Franken führen hingegen nur zu einmaligen Mehrkosten für den Kanton Basel-Stadt. Diese bilden sich im Budget 2025 ab.

Aufgrund des guten Rechnungsergebnisses 2023, das war letztlich Basis auch für die Erstellung des Budgets 2025, geht der Regierungsrat von nachhaltig höheren Steuereinnahmen aus. Es sind deshalb gegenüber dem Vorjahr 92 Millionen Franken höhere Erträge aus Gewinnsteuern und um 43 Millionen Franken höhere Einkommenssteuern eingestellt. Bei den Vermögenssteuern wird hingegen ein Rückgang von 17 Millionen Franken erwartet. Ungewiss bleibt die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank.

Nach einem Verlust 2023 beträgt der Gewinn im ersten Halbjahr 2024 50 Milliarden Franken, der Kanton budgetiert aber wie immer jeweils die mittlere Gewinnausschüttung, also 45 Millionen Franken und das tut der Kanton auch für das Jahr 2025. Zusätzlich erhält unser Kanton im nächsten Jahr einmalig 10 Millionen Franken von der SNB aus nicht umgetauschten Banknoten der 6. Serie, irgendwelche Banknoten, die dann also zurückgebracht wurden, weil man sie noch unter einem Kopfkissen fand. Erneut mehr bezahlt der Kanton 2025 in den nationalen Finanzausgleich ein. Die Zahlungen liegen mit beachtlichen 223 Millionen Franken so hoch wie nie seit der Einführung des NFA.

Eine grosse Unsicherheit, wir haben es im Bericht Knacknuss genannt, ist die OECD-Steuerreform. Diese Umsetzung wird auf das Rechnungsergebnis des Kantons Einfluss haben. Die Schweizer Stimmbevölkerung stimmte im Juni dieser Mindestbesteuerung gemäss OECD-Regeln zu. Der Bundesrat setzte die entsprechende Verordnung per 1. Januar 2024 in Kraft und sie gilt ab dem Steuerjahr 2024 und wird somit ab 2025 verbucht werden. Die erwarteten Einnahmen für Basel-Stadt sind, auch weil wir hier sehr grosse Unternehmen haben, deshalb aber unsicher zu budgetieren, werden vom Regierungsrat für dieses Budget auf 300 Millionen Franken geschätzt.

Sie alle wissen, dass der Regierungsrat mit dem sogenannten Basler Standortpaket auf diese Einführung reagiert hat. Das Standortpaket umfasst Fördermassnahmen im Bereich Innovation, Gesellschaft und Umwelt sowie weitere steuerliche Massnahmen für den Kanton Basel-Stadt. Die Finanzierung dieser Fördermassnahmen soll über einen neuen Fonds erfolgen, welche mit mindestens 150 und maximal 300 Millionen Franken zu äpfnen ist. Im Jahr 2025 ist eine erstmalige Äpfnung in der Höhe von 300 Millionen vorgesehen. Der Vorschlag des Regierungsrates, das wissen Sie, befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung, weshalb die Finanzkommission dies inhaltlich nicht weiter bewertet.



Fakt ist aber, dass die effektiven Mehreinnahmen durch die OECD-Ergänzungssteuer unbekannt bleiben. Unter der Annahme, dass diese Mittel einen Fonds zugewiesen werden, ist dieser Umstand für die Erfolgsrechnung jedoch saldoneutral. Andernfalls hätte dies jeweils erhebliche Auswirkungen auf die Rechnung, so wird wohl erst in ein paar Jahren bekannt sein, was die OECD-Mindestbesteuerung für Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben wird. Die Steuererklärung der Unternehmen nehmen schliesslich teilweise, bis sie zu einem Abschluss kommen, mehrere Jahre in Anspruch. Dies führt dann auch jeweils dazu, dass auch einige Jahre später noch Erträge in die Staatskasse durch diese Unternehmensbesteuerung fliessen.

Wie bereits angesprochen, bleibt das Investitionsniveau in unserem Kanton hoch. Der Kanton plant im 2025 Netto-Investitionen in Höhe von 503 Millionen Franken, geplante grosse Projekte umfassen, beispielsweise die Fortsetzung des Neubauprojekts Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv, die Anschaffung von Elektrobussen, neue Trams, für die ARA Basel, für den Ausbau der Fernwärme, ausserdem ist eine 21 Millionen Franken-Tranche für das Universitätsspital vorgesehen, in diesem Darlehen auch, dass Sie gesprochen haben. Etwa die Hälfte der Investitionen wird selbst finanziert, der Rest erfordert eine zusätzliche Verschuldung. Bis 2027 könnten die Investitionen gemäss Plan im Kanton auf 627 Millionen Franken ansteigen.

Weiter zunehmend ist die Entwicklung der Beschäftigtenzahl. Für das Jahr 2025 sind 9'928,8 Vollzeitstellen budgetiert, was einer Zunahme von knapp 200 Vollzeitstellen im Vergleich zum Budget 2024 entspricht. Sie finden dazu weitere Informationen in den einzelnen Kapiteln unseres Berichts.

Budget und Finanzplan basieren auf Annahmen, auf fundierten Annahmen, doch die Herausforderung der heutigen Zeit, auch geopolitisch, erschweren die Budgetierung. Der Finanzplan prognostiziert für das Jahr 2026 ein positives Ergebnis von 56 Millionen Franken, während für die Jahre 2027 und 2028 ein ausgeglichenes respektive ein leicht negatives Ergebnis erwartet wird. Das geplante hohe Investitionsniveau, ich habe es bereits erwähnt, führt zu einem Anstieg der Nettoschuldenquote, die bis 2028 von minus 0,1 auf 1,0 Promille ansteigen soll, jedoch weiterhin deutlich unter der maximal zulässigen Grenze von 6,0 Promille verbleibt.

Die Finanzkommission hat diesen Finanzplan diskutiert und ist zu unterschiedlichen Beurteilungen der künftigen Entwicklung gekommen. Eine Minderheit der Kommission macht sich Sorgen zu den budgetierten negativen Kennzahlen. Der Selbstfinanzierungsgrad nimmt ab, die Verschuldung nimmt stark zu, im Jahr 2028 wird mit einem Defizit gerechnet. Die Minderheit der Kommission versteht, dass nicht alle Investitionen mit den laufenden Einnahmen finanziert werden können, aber bei den nach wie vor sehr hohen Steuereinnahmen sollte zumindest der Haushalt ausgeglichen sein. Eine Mehrheit der Kommission teilt diese Perspektive nicht.

Bevor wir zu den Departementen gelangen, möchte ich nun noch einige allgemeine Bemerkungen zum Budget machen, welche wir in unserem Bericht auch abgebildet haben. Sie wissen, dass der Regierungsrat in den vergangenen Monaten diverse Massnahmen implementiert hat, um die Anstellungsbedingungen zu verbessern respektive neue Arbeitskräfte zu rekrutieren. Die Finanzkommission ist darauf bereits in früheren Berichten eingegangen und wollte deshalb nun vom Regierungsrat ein erstes Follow-up erhalten. Die bereits im 2024 umgesetzten Massnahmen haben laut Regierungsrat noch keine messbare Wirkung gezeigt, was angesichts der Kürze auch nicht erstaunt. Es gibt aber, das ist positiv, sehr viele gute Rückmeldungen der Mitarbeitenden, die Evaluation der Mitarbeitenden-Befragung läuft und eine erste Bilanz beispielsweise des Pilotprojekts Vermittlungsprämie wird auf Ende dieses Jahres erwartet. Andere Massnahmen werden im Laufe des kommenden Jahres umgesetzt werden, so sind auch Massnahmen wie Entlohnung und Führung und Entwicklung für 2025 geplant. Die Finanzkommission begrüsst, dass im Bereich der Anstellungsbedingungen Massnahmen ergriffen worden sind, weitere Massnahmen ergriffen werden und wird das Thema weiter beobachten.

Unterhalt von Liegenschaften. Die Finanzkommission hat festgestellt, dass im Zusammenhang mit dem Unterhalt und der Bewirtschaftung von Liegenschaften sowohl im Finanz- als auch im Verwaltungsvermögen und auch in den sogenannten Transformationsarealen an diversen Stellen der Personal- und Sachaufwand deutlich angestiegen ist. Wir fragten deshalb nach, wo dies im 2025 konkret vorgesehen ist, wie sich diese Zahlen in den letzten fünf Jahren entwickelten und von was einer Prognose man für die kommenden Jahre ausgeht. Der Regierungsrat liess darauf mitteilen, dass in den letzten fünf Jahren es im Verwaltungsvermögen zu Mehrausgaben von gut 10 Millionen Franken kam, dies vor allem wegen der Technisierung, dem Ausbau der Schulen, der Kindergärten, Sicherheitsvorschriften und den Energiepreisen. Insbesondere die Energiekosten seien um 2,5 Millionen Franken gestiegen. Im Finanzvermögen stieg der Sachaufwand wegen den diversen Transformationsarealen, aber auch wegen verschiedenen Grossratsbeschlüssen um 18,8 Millionen Franken. Der Headcount bei Immobilien Basel-Stadt erhöhte sich in den letzten fünf Jahren hierfür um 14,7 Vollzeitstellen. Die Finanzkommission wünscht sich, dass insbesondere der Stellenzuwachs, welcher dafür nicht nur bei IBS feststellbar ist, möglichst zurückhaltend erfolgt und vor allem interne Synergien genutzt werden.

Nun gerne kurz zu einzelnen Departementen und unseren Anträgen.

Im Präsidialdepartement bemängelte die Finanzkontrolle in einem Bericht, dass die vom Kanton gegründete Stiftung für preisgünstiges Wohnen ihre Liegenschaften mit einer Abschreibungsdauer von 200 Jahren führt. Die Finanzkommission stellte die Frage, weshalb die Abschreibung über eine so lange Zeitspanne getätigt werde und ob dies nicht angepasst



werden könnte. Das Präsidialdepartement erklärte, dass diese Praxis von einer Zürcher Stiftung übernommen wurde, nun aber geändert wird. So soll künftig nicht mehr 0,5 Prozent auf dem Gebäudeversicherungswert, sondern 0,5 Prozent direkt auf dem höheren Anlagewert abgeschrieben werden, weshalb sich die jährlichen Abschreibungen damit erhöhen werden. Die Finanzkommission begrüsst diese Änderungen.

Zum Bau- und Verkehrsdepartement. Die kantonale Klimaschutzstrategie setzt Ziele für die Reduktion von Treibhausgasemissionen in Bau- und Betriebsphasen. Dabei verursacht der Bau deutlich höhere Emissionen, insbesondere durch Fassade, Haustechnik, Decken, Wände und Fundamente. Untergeschosse, wurde uns mitgeteilt, machen 9 bis 15 Prozent der indirekten THG-Emissionen eines Gebäudes aus, tiefes Bauen erhöht die baulichen Anforderungen sowie die Kosten. Mit einem speziellen Tool soll nun das Potenzial von Baumaterial berechnet werden. Dieses Tool ermöglicht einfache Berechnungen und soll damit auch für kleinere Architekturbüros zu keinem grösseren Aufwand führen und praxisnah und präzise gestaltet werden, um da auch den Aufwand zu minimieren. Dabei sollen Lenkungsabgaben als hilfreiches Mittel benutzt werden, um Projekte nicht zu behindern. Statt detaillierter Vorschriften werden Grenzwerte gesetzt, die Bauherren und Architektinnen und Architekten einhalten müssen, wobei diese Architektinnen und Architekten dann die Grenz- und Zielwerte berechnen und dokumentieren sollen. Massnahmen zur Erreichung von Netto-Null bei kantonalen Bauprojekten werden direkt in den Projekten umgesetzt und finanziert. Eine vertiefte Studie zu Lenkungsabgaben und Grenzwerten werde aktuell erarbeitet, um mögliche Ausgestaltungsoptionen zu prüfen. Die Ausschreibung der Studie soll bald erfolgen und das Ziel sei, dass Lenkungsabgaben in Projekte reinvestiert werden und nicht in die Staatskasse fliessen. Die Finanzkommission begrüsst, dass diese Massnahmen keinen erheblichen Mehraufwand für die Branche verursachen sollen.

Weiterhin eng verfolgt die Finanzkommission auch die Geschichte rund um das Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Wir erkundigten uns, wie das BGI im Jahr 2025 plant, die Altlasten und die Anzahl der noch hängigen Baubewilligungsgesuche abzubauen, die gemäss Budgetbericht weiter bestehen. Gemäss der Departementsvorsteherin des BVD schreitet die Abarbeitung der Altlasten seit Januar 2024 gut voran, dies vor allem dank der Reorganisation, der Aufhebung der statischen Gebietszuteilungen und personeller Verstärkungen. Derzeit haben 89 Prozent der Fälle das Eingabedatum 2024. Zur Fristeinholung werden manuelle Hilfsmittel wie Excel genutzt, ab 2025 wird die Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens die Fristenkontrolle automatisieren. Die Finanzkommission wird auch unter Berücksichtigung der nun erstüberwiesenen Motion betreffend Gebietszuteilungen sich weiterhin laufend über diese Pendenzenlast informieren lassen.

Wir kommen zur Digitalisierung von den Hilfsmitteln wie Excel zur allgemeinen Digitalisierung. Wir sind beim Finanzdepartement angelangt. Diese Digitalisierung bleibt wenig überraschend für uns alle ein grosses Thema. So wird auch die Einführung des Authentifizierungsdienstes der Schweizer Behörden, das heisst AGOV, von uns als wichtiger Schritt in Richtung E-Government betrachtet. Bisher haben sich aber nur 16'000 Nutzerinnen und Nutzer, das war beim Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes, erfolgreich registriert und identifiziert im Kanton Basel-Stadt. Dazu ist zu bemerken, dass die Download-Variante der Software BalTax für die Steuererklärungen für die Steuerperiode 2023 ein letztes Mal zur Verfügung gestanden ist. Ab 1. Februar 2025 wird vollständig auf «BalTax Online» umgestellt. Daher wird ein Grossteil der Steuerpflichtigen in Basel-Stadt zeitnah AGOV verwenden müssen. Sie sehen, das kann bei dieser tiefen Zahl der bereits registrierten Nutzerinnen und Nutzer durchaus noch zu einigen Komplikationen führen. Die gute Kommunikation für die Umstellung auf AGOV erachtet die Finanzkommission deshalb als unbedingt notwendig.

Aufgefallen ist der Finanzkommission auch der hohe Anteil von externen, auch langjährigen Mitarbeitenden bei IT Basel-Stadt, nämlich 131 an der Zahl. Die Finanzkommission stellt diese hohe Zahl in Frage und fordert konkrete Massnahmen zur deutlichen Reduzierung dieses Anteils. Die Bemühungen zur Stärkung der Berufsbildung im Bereich Informatik werden als unzureichend angesehen und zusätzliche Anstrengungen zu Gewinnung und Bindung qualifizierter Fachkräfte gefordert.

Zum WSU. Die Finanzkommission liess sich im Hearing mit dem WSU die Unternehmenspflege und Innovationsförderung des Kantons Basel-Stadt präsentieren. Laut dem aktuellen Wettbewerbsindikator der UBS liegt Basel-Stadt auf dem zweiten Platz der Wettbewerbsfähigkeit knapp hinter Zug, was wir vielleicht noch verbessern können, und/aber, was ja besonders erfreulich ist, vor Zürich. Gründe sind die hohe Erreichbarkeit, Innovationskraft, exzellentes Humankapital und ein grenzüberschreitendes Einzugsgebiet. Die Innovationskraft kommt zu 68 Prozent aus der Privatwirtschaft, zu 28 Prozent aus den Hochschulen, zu 3 Prozent aus privaten Organisationen und zu 1 Prozent vom Bund. Die Felder der Innovationsförderung umfassen digitale Innovation, nachhaltige Wirtschaft und Innovation in Life Sciences. Die Ausrichtung zum Umgang mit den hier ansässigen Betrieben sei gemäss WSU geschärft worden und würden einen hohen Stellenwert geniessen. Mit den Unternehmen gebe es einen abgestuften regelmässigen Austausch, was die Finanzkommission sehr begrüsst.

Zu den Gerichten. Der Gerichtsrat liess mitteilen, dass der bisherige Anbieter der Geschäftsverwaltungssoftware Juris die Verträge ohne Rücksprache per 1. Februar 2024 auf eine andere Firma übertragen habe. Gegen diese ohne ihre Mitwirkung erfolgte Vertragsübergabe haben sich die betroffenen Gerichte und Staatsanwaltschaften gemeinsam gewehrt. Dabei ging es primär darum, den weiteren Betrieb von Juris bis zu seiner Ablösung durch eine neue Software sicherzustellen. Die Wartung sei bis Ende 2028 noch gewährleistet, nun müsse aber eine Neuanschaffung evaluiert werden. Die Finanzkommission,



vielleicht auch geprägt von anderen Projekten, befürchtet hohe Kosten für den Kanton. Wir sind entsprechend über das Vorgehen des bisherigen Anbieters irritiert, weil ja der Kanton eine Minderheitenbeteiligung an der Firma hat und da sich diese Firma zu 100 Prozent im Besitz der öffentlichen Hand befindet, hätten wir uns ein anderes Vorgehen erwünscht. Die Finanzkommission erwartet, dass in Bezug auf die Ablösung dieser bisherigen Software nach Möglichkeit eine Lösung mit anderen Behörden inner- und ausserhalb des Kantons gefunden wird, damit diese möglichst kostengünstig wird.

Nun kommen wir noch zu den drei Departementen, in welchen wir Ihnen Änderungsanträge vorgelegt haben. Ich werde diese Änderungen nun bereits in der Eintretensdebatte darlegen, damit allenfalls danach nichts mehr gesagt werden muss.

Zum Gesundheitsdepartement. Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig bei 2 Enthaltungen, dass angehende Hebammen im Rahmen der Ausbildungsinitiative zur Umsetzung des Verfassungsartikels zur Pflege eine finanzielle Unterstützung über gesamthaft 120'000 Franken erhalten sollen. Gestützt auf das Gesundheitsgesetz § 60a hat die Finanzkommission beschlossen, für die Ausbildung von Hebammen diese zusätzlichen Mittel zu sprechen. Die Kommission erkennt in diesem Bereich einen ausgewiesenen Bedarf, der Beruf der Hebamme beinhaltet Pflegeleistungen vor und nach der Geburt, was den entscheidenden Unterschied zu weiteren medizinisch-therapeutischen Berufsbereichen wie beispielsweise Physio- oder Ergotherapie ausmacht. Die regionalen Institutionen und Organisationen in der Geburtshilfe haben heute ein Problem mit der Rekrutierung ausgebildeter Fachkräfte in der täglichen Arbeit. Dieses Problem kann ohne laufend neue Fachkräfte und Ausbildung und Anstrengungen in diesem Bereich auch nicht entschärft werden, weshalb Ihnen die Finanzkommission diesen Antrag heute stellt und wir hoffen selbstverständlich, dass Sie unserem Antrag dann folgen werden.

Zum zweiten Antrag, dem Antrag im Erziehungsdepartement. Die anhaltende Teuerung wirkt sich auf die Kosten für Lehrmittel aus. Das Budget für Lehrmittel wurde aber seit 2015 nur einmal, und zwar im Jahr 2022 erhöht. Die Finanzkommission erachtet die damalige Erhöhung aufgrund der Teuerung und den zusätzlich anfallenden Kosten für digitale Lehrmittel und deren Lizenzen als nicht ausreichend. Durch den Wandel in der Bildung verschiebt sich der Fokus zunehmend auf digitale und hybride Lernlösungen, wie auch in allen anderen Bereichen in unserer Gesellschaft. Neben analogen Büchern werden auch digitale Lernprodukte angeboten, häufig als jährliche Lizenzen, die pro Kopf bezahlt werden müssen. Dies wird die künftigen Kosten für Lehrmittel beeinflussen, da analoge Materialien oft mehrfach genutzt werden können, während digitale Lizenzen diese Möglichkeiten nicht bieten. Auch das kennen wir aus unserem Alltag, wenn Sie dort selber in irgendeiner Form tätig sind.

Die aktuelle Situation führt dazu, dass Lehrpersonen oft für Lehrmittel und Materialien anderweitige Mittel zweckentfremden müssen oder aber diese von ihrem eigenen Geld bezahlen, auch weil das Lehrmittelbudget nicht automatisch der Teuerung angepasst wird. Auf Anfrage der Finanzkommission hielt der Regierungsrat im Nachgang zum Hearing mit den Verantwortlichen aus dem Erziehungsdepartement fest, dass vermehrt Lehrmittel mit unterrichtsbegleitendem Arbeitsmaterial auf den Markt kommen und neue Unterrichtsfächer respektive Fächerkombinationen die Anschaffung von zusätzlichem Lehrmittel notwendig mache. Die von der Finanzkommission eingeforderten Angaben betreffend den effektiven Kosten wurden durch den Regierungsrat hingegen nicht beantwortet.

Hingegen hat das Erziehungsdepartement gegenüber der FSS, also der Freiwilligen Schulsynode bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine aktuelle Berechnung der eigentlich benötigten Lehrmittelkosten zugestellt. Sie finden diese im Budgetbericht auf den Seiten 30 und 31 abgebildet. Uns erstaunt, dass diese Berechnungen der Finanzkommission nicht zur Verfügung gestellt wurden. Die Finanzkommission sieht hier aber entsprechend einen Handlungsbedarf und sie beantragt Ihnen deshalb heute mit 9 zu einer Stimme bei 2 Enthaltungen, eine Budgeterhöhung um gesamthaft 1,573 Millionen Franken.

Zum Justiz- und Sicherheitsdepartement. Zuerst noch etwas zu einem Thema, welches die Politik in der Vergangenheit und sicher auch in Zukunft weiterhin sehr stark beschäftigen wird, der Vollbestand der Kantonspolizei und die Budgetzahlen bei der Kantonspolizei. Der genehmigte Stellenbestand der Kantonspolizei für das Jahr 2025 beträgt 937 Vollzeitstellen, zuzüglich 69 Ausbildungsstellen und 13 Praktikums- oder anderen befristeten Stellen. Diese kalkulierten 1'019 Vollzeitstellen, das ist ein sogenannt effektiver Bestand, führen zu einem rechnerischen Personalaufwand von 146,1 Millionen Franken. Für das Budgetjahr 2025 stehen für den Personalaufwand nun aber 136,4 Millionen Franken zur Verfügung. Daraus resultiert also bei Personalaufwand eine theoretische Differenz von 9,7 Millionen Franken. Dieser theoretische Fehlbetrag kann aktuell, und das wissen Sie bestens, kompensiert werden, rund die Hälfte dieser Mehrkosten sind nämlich direkte Folgen des Unterbestandes und damit verbundenen weiteren temporären Effekten. Diese Ausgaben entfallen direkt bei einem Vollbestand. Der Abbau des Unterbestandes wird sich somit schrittweise im Budget auswirken. So wurden bereits die nicht gedeckten Kosten der Systempflege über die nächsten zwei Jahre im Budget aufgenommen. Durch die Berücksichtigung der natürlichen Fluktuation wird die verbleibende Lücke von rund 4,5 Millionen Franken voraussichtlich noch geringer ausfallen.

Wir haben Ihnen die verschiedenen Einflussfaktoren, die sind aus unserer Sicht relativ interessant, in unserem Bericht nach Rücksprache mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement erstmalig abgebildet. Sie sehen nun also zum ersten Mal, weil dies auch, ich glaube, bei der Debatte zur Rechnung 2023 in diesem hohen Hause Thema war und diskutiert wurde, wie sich dieser sogenannte «Fehlbetrag» von gut 9 Millionen Franken konkret zusammensetzt. Die Finanzkommission ortet in diesem Bereich weiteren Gespräch- und Informationsbedarf, nicht zuletzt auch, weil das Justiz- und Sicherheitsdepartement respektive der Regierungsrat kurz vor Veröffentlichung unseres Berichts eine Medienmitteilung mit doch sehr gleichem Inhalt



veröffentlicht hat, und hat deshalb bereits nach dieser Budgetberatung und nach Verabschiedung des Budgetberichts begonnen, sich diesbezüglich mit dem JSD weiter auszutauschen. Wir werden diesen Austausch sicherlich auch im 2025 und dann auch im Rahmen der Berichterstattung zur Rechnung 2024 weiter intensivieren.

Wir kommen zum dritten Antrag, bleiben also im JSD, dieser dritte Antrag, Sie wissen das, betrifft die Staatsanwaltschaft. Die Finanzkommission betrachtet den Anstieg der Pendenzen und die Personalsituation als kritisch. Gemäss Ausführung des ersten Staatsanwalts sei die Situation schwierig und die Fallbelastung permanent über die Jahre hinweg schon hoch und dies habe wenig überraschend Auswirkungen auf die Gesundheit der einzelnen Mitarbeitenden bei der Staatsanwaltschaft. So liege in einzelnen Bereichen die Zahl der pendenten Fälle bei durchschnittlich 87 Fällen pro Person. Und seit 2021, auch das ist ein Fakt, sind die Anzeigen kontinuierlich in sämtlichen Bereichen der Delikte angestiegen. Sie sehen das auch in der jährlich veröffentlichten polizeilichen Kriminalstatistik. Sie sind angestiegen sowohl bei den Verstössen gegen das Strafgesetzbuch, gegen das Betäubungsmittelgesetz, als auch gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz. Dies führt, das ist ebenfalls aus unserer Sicht logisch, nicht nur bei der Kantonspolizei an diversen Orten zu einer hohen Belastung, sondern eben auch in der Staatsanwaltschaft in der Konsequenz zu mehr Pendenzen.

Die mit Budget 2023 bewilligten Stellen haben erfreulicherweise zu höheren Erledigungszahlen geführt. Es handelt sich dabei um einen Anstieg von plus 12 Prozent, dennoch sind die Pendenzen weiter angestiegen und auch bei den Rückständen, dabei geht es um Fälle, die sechs Monate nach Anzeigeneingang noch pendent sind, ist die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 7 Prozent erfreulich gesunken. Das ist an dieser Stelle sicherlich zu erwähnen. Dennoch ist die eingangs geschilderte Situation weiterhin sehr unbefriedigend, und zwar für alle, für die Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft, für die Strafverfolgung insgesamt, aber auch für die Beschuldigten, also die Täter, und/aber auch für die Opfer. Im Budget 2025 wurden durch den Regierungsrat der Staatsanwaltschaft insgesamt 4,5 Stellen zugesprochen, davon 3,0 bei der Jugendanwaltschaft und 0,5 im Erwachsenenbereich sowie 1,0 Stellen für den Stab. Die Finanzkommission fragte in der Folge nach, wie viele Stellen denn die Staatsanwaltschaft beantragt habe, worauf uns mitgeteilt wurde, dass sie insgesamt 20,6 Stellen beantragt hätten, davon 7,0 für die Jugendanwaltschaft und den Rest für den Erwachsenenbereich.

Obwohl also in den vergangenen Jahren die Personalressourcen der Staatsanwaltschaft substantiell erhöht worden sind, es handelt sich beim Headcount zwischen 2019 und 2023 um einen Anstieg von 53,7 Vollzeitstellen, also 22 Prozent. Und obwohl bei den Rückständen, ich habe es erwähnt, per 2023 eine Besserung zu verzeichnen ist, war die von der Staatsanwaltschaft erneut beklagte Ressourcenknappheit und die diesbezüglich mit Ausnahme der Jugendanwaltschaft aus unserer Sicht vernachlässigbaren Anpassungen im Budgetantrag der Regierung Anlass für vertiefte Diskussionen in der Finanzkommission. Ich vermute, diese Diskussionen werden sich heute in ähnlicher Form auch hier vorne dann am Rednerpult noch einmal abbilden.

Eine Mehrheit der Finanzkommission ist der Ansicht, dass angesichts der weiter zunehmenden Arbeitslast die Staatsanwaltschaft nicht über ausreichende Personalressourcen verfügt und auch die Erhöhung des Regierungsrates hier zu wenig ist. Sie beantragt Ihnen deshalb mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung, den Headcount um 8,0 Vollzeitstellen aufzustocken. 2,0 Stellen sind dafür bei der Jugendanwaltschaft vorzusehen, 6,0 Stellen im Erwachsenenbereich, dort in diesen Abteilungen, wo es am dringendsten notwendig ist. Dafür hat die Finanzkommission den Personalaufwand des Justiz- und Sicherheitsdepartements um 1,748 Millionen Franken erhöht.

Der vierte Antrag, ich habe es bereits erwähnt, betrifft eine Verbesserung des Budgets um 18,33 Millionen Franken für den Teuerungsausgleich auf den Personalkosten und den dazu berechtigten Staatsbeiträgen. Ich habe das bereits ausgeführt, wir bitten Sie hier als Finanzkommission, die auch darüber vorgängig informiert wurde, im Dezember einstimmig um Zustimmung.

Nun bleibt mir zum Schluss zu danken den Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre umsichtige Arbeit im Dienste unseres Gemeinwesens, dem Regierungsrat und dem Gerichtsrat für den stets konstruktiven Austausch und die Beantwortung unserer teils auch nicht immer einfachen Fragen. Danken möchte ich aber auch meiner Kommission, die in den vergangenen Monaten sich wieder in vielen Arbeitsstunden in das Budget hineingekniet hat und so dazu beitrug, dass wir heute hier diesen Budgetbericht besprechen und das Budget 2025 beschliessen können. Mein letzter, aber vermutlich wichtigster Dank gilt unserem Kommissionssekretär, der wie immer die Arbeit der Finanzkommission eng begleitet und koordiniert hat.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig, das Budget 2025 des Kantons Basel-Stadt zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist die Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Alle fünf Museen budgetieren für das Jahr 2025 im ähnlichen Rahmen, wie sie es für das Jahr 2024 gemacht haben. Zu den einzelnen Museen picke ich zwei, drei Details aus dem schriftlichen Bericht der BKK heraus.



Beim Antikenmuseum beschäftigt man sich bereits mit der Pensionierung des Direktors, die im Jahr 2027 erfolgen wird. Da die Beschaffung von Drittmittel ja immer auch mit dem Netzwerk eines Direktors zusammenhängt, wird dieser Bereich bereits jetzt weiter professionalisiert und personell aufgestockt. Nebst den Arbeiten an den neuen Dauerausstellungen beschäftigt das AMB auch die Provenienzforschung weiterhin intensiv. Da die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit publiziert werden müssen, ist auch eine datenschutzrechtliche Abklärung notwendig, vor allem auch dann, wenn Menschen, die eine Schenkung getätigt haben, noch leben.

Die Generalinventur im Historischen Museum verläuft planmässig und wird bis Ende 2025 abgeschlossen sein. Mit der Inventarisierung ist auch die Digitalisierung der Sammlung fortgeschritten. Leider sind die Daten noch nicht öffentlich abrufbar, weil die Infrastruktur und die dazu benötigten Mittel fehlen. Für die Provenienzforschung ist eine Person befristet angestellt. Allerdings wäre es für die Planungssicherheit sowohl im HMB wie auch in den anderen Museen wichtig, dass die Gelder für die Provenienzforschung ins ordentliche Budget überführt werden könnten.

Zur finanziellen Situation des Kunstmuseums haben wir während der letzten Session ausführlich diskutieren können. Das Budget 2025 enthält einige Massnahmen zur Erreichung einer ausgeglichenen Finanzrechnung. Weitere zusätzliche Massnahmen sind getroffen und weitere werden geplant. Gemäss Museumsleitung werde aber die Einhaltung der Budgetvorgaben 2025 kurzfristig zu einer wesentlichen reduzierten Leistungsfähigkeit des Museums führen und eine vollständige Erfüllung des Leistungsauftrags sei so kaum zu gewährleisten. Ebenfalls formuliert die Leitung, dass für die zukunftsorientierte Entwicklung und um das Museum als internationalen Leuchtturm erhalten zu können, verschiedene Grundlagen wichtig seien und dass ohne zusätzliche Ressourcen diese Weiterentwicklung leiden werde. Der schriftliche Bericht der BKK geht näher auf diese Grundlagen ein. Ich mache das jetzt nicht.

Dank der Stärkung der Provenienzforschung konnte im Museum der Kulturen eine neuartige Projektreihe konzipiert werden. Gewisse Forschungs- und Restaurierungsarbeiten an Objekten werden im Museum öffentlich sicht- und erlebbar gemacht, was auf grosses Interesse der Besucherinnen und Besucher stösst. So haben die Möglichkeiten, die mit der Rahmenausgabenbewilligung für die Provenienzforschung geschaffen wurden, einen grossen Einfluss auf das Budget. Für das MKB hat die Provenienzforschung grundsätzlich aber eine wichtige Bedeutung. Zusammen mit der Erfahrung dieser Projektreihe würde es auch das MKB begrüssen, wenn die Ressourcen für die Provenienzforschung verstetigt und entsprechend in das ordentliche Budget überführt werden könnten.

Der moderate Anstieg der Ausgaben und der leichte Rückgang der Einnahmen des Naturhistorischen Museums haben mit den Massnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau zu tun. Auch die personellen Ressourcen des Museums werden weiterhin stark durch die Planung und Realisierung des Neubaus beansprucht. Die Inventarisierung der Sammlungsobjekte schreitet voran und die vollständige Erfassung der Human Remains mit kolonialen Hintergrund und die Provenienzforschung liegen im Zeitplan.

Alle fünf Museen beschäftigen sich zudem mit den neuen Mehrjahres-Globalbudgets, die ausser im Kunstmuseum ab 2026 gelten werden. dass diese Mehrjahresbudgets gut umgesetzt werden können und dass gegen Ende der jeweiligen Budget-Periode keine bösen Überraschungen auftauchen, auf die dann mit Nachtragskrediten reagiert werden muss, ist das Controlling innerhalb der Museen wesentlich. Diese internen Abläufe sollten überprüft, allenfalls angepasst und verstärkt werden. Ausserdem sind zur Umsetzung der Mehrjahres-Globalbudget die Prozesse in der Verwaltung und die Zusammenarbeit mit der Politik zu definieren. Dazu muss rechtzeitig ein Austausch mit den zuständigen Kommissionen des Grossen Rates stattfinden.

Die BKK beantragt einstimmig, die Vorlage des Regierungsrats zu dem Globalbudget 2025 der fünf kantonalen Museen zu verabschieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort der Präsident der UVEK Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich darf für die UVEK berichten, dass wir uns mit dem ÖV-Globalbudget auseinandergesetzt haben und nach Austausch mit dem Amt für Mobilität folgende Feststellungen gerne Ihnen darlegen möchten. Wir haben die vier Produktgruppen angeschaut und sind zum Schluss gekommen, dass es Sinn macht, diese vier Produktgruppen separat anzuschauen, dass das mehr aussagt als am Schluss die resultierenden Zahlen.

Der allergrösste Teil der Ausgaben geht auf die bestellten Verkehrsleistungen zurück, das ist bei der S-Bahn, vor allem beim Tram- und Busverkehr, also das gefahrene Angebot gemäss Fahrplan. Hier gibt es kleinere Veränderungen in diesem Bereich, zum Beispiel, die Energie ist etwas günstiger geworden, dafür ist die Teuerung gestiegen, das gleicht sich plus-minus wieder aus. Was hier der grosse Hebel ist, und das ist auch der Grund dafür, dass wir seit etwa 2019 diesen Anstieg sehen, ist die Schere, die aufgeht zwischen Erlösen und den Kosten, die einfach da sind, um das Angebot zu fahren, und das hat sich seit Corona noch nicht erholt. Wir sind jetzt, wenn wir schauen, was man pro Kilometer ausgibt, etwa auf dem doppelten Niveau wie vor Corona und das erholt sich erst langsam wieder. Das wurde in der UVEK sehr unterschiedlich aufgenommen. Allgemein war die Sorge da, dass diese Kosten weiter steigen können, was sich jetzt zum Glück nicht zeigt.



Es zeichnet sich ein leichter Rückgang ab, die Leute kommen auch wieder zurück auf den ÖV, sie verhalten sich aber anders.

Und da sind wir bei einer anderen Produktgruppe, die Tarife und Verbünde und hier ist eigentlich ein Anstieg aus Sicht der UVEK nicht per se als negativ zu werten. Das heisst nämlich, weil der Kanton ja die U-Abos subventioniert, wenn dort die Ausgaben ansteigen, dann bedeutet das auch, dass mehr U-Abos auf Monatsbasis bezogen werden und insbesondere hat die UVEK dort interessiert, wie das ist bei dem neuen Angebot für Kinder und Jugendliche bis 25, das wir ja seit diesem Frühling vergünstigt als Kanton abgeben. Hier hat sich gezeigt, dass das bis jetzt sehr gut läuft und dass hier die Nachfrage sehr stark gestiegen ist und entsprechend wird auch im nächsten Budget das so berücksichtigt. Hier ist ein Anstieg der Kosten anders zu bewerten als bei den ersten zwei Produktgruppen, S-Bahn, Tram- und Busverkehr.

Der letzte Punkt, der Baustellenverkehr und die Abschreibungen des Tramnetzes, da gibt es ja seit mehreren Jahren eine Änderung, die automatisch dazu führt, dass hier die Zahlen steigen. Das wird anders abgebildet in der Buchhaltung. Das bedeutet nicht, dass die Ausgaben steigen, sondern bis das ganze Tramnetz einmal mit diesem neuen System abgebildet ist, wird hier ein natürlicher Trend der zunehmenden Zahlen gering sein. Auch das ist der UVEK wichtig, nochmals in Erinnerung zu rufen.

Insgesamt über das ganze ÖV-Globalbudget ist die UVEK sehr unterschiedlicher Ansicht, wie das politisch zu beurteilen ist. Wir haben als gemeinsame Basis zur Kenntnis genommen, dass die Kosten in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen sind. Die Gründe dafür sind nachvollziehbar, wir haben zum Beispiel hier im Grossen Rat auch verlangt, dass das Abendangebot oder auch am Wochenende das Angebot verbessert wird. Trotzdem gibt es in Teilen der UVEK die Befürchtung, dass diese Kosten auch langfristig so hoch bleiben. Bei anderen Teilen der UVEK ist die Perspektive auf die Kosten so, dass die auch wieder sinken werden, wenn die Leute zurück auf den ÖV gehen. Gerade das erfolgreiche U-Abo bei Kindern und Jugendlichen weist in diese Richtung. Und diesem Teil der UVEK ist es auch sehr wichtig, die Kosten in einem Gesamtkontext zu setzen. Zum Beispiel, die Elektrobusse, die führen zu einer Kostensteigerung im überschaubaren Rahmen, sparen aber aus volkswirtschaftlicher Sicht sehr viele Kosten ein, wenn man Luftreinhaltung, Lärm, usw. berücksichtigt, die ganzen Klimakosten natürlich sowieso.

So ist aus Sicht der UVEK das Budget nachvollziehbar mit den Einschränkungen, die ich gemacht habe für einen Teil der UVEK. Die anderen wünschen sich, dass vermehrt die volkswirtschaftliche Sicht berücksichtigt wird. Vielleicht nicht im Rahmen des Budgets, aber dann sicher in der Klimastrategie, was kann der ÖV leisten an Kostensenkung aus volkswirtschaftlicher Sicht in Sachen Klima, Lärm, Luft, usw.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Regierungsrätin Tanja Soland für den Regierungsrat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich fange mal mit dem Dank an zur Abwechslung, und zwar möchte ich der Finanzkommission danken für ihren sehr ausführlichen Bericht, auch ihre sehr ausführliche Beratung des Budgets und dem ausführlichen Votum des Präsidenten der Finanzkommission. Damit kann ich mir einige Ausführungen ersparen, denn er hat dies bereits sehr kompetent und ausführlich gemacht. So möchte ich nur ein paar Punkte nochmals zur Verdeutlichung erwähnen und dort, wo wir vielleicht anderer Ansicht sind, das sind nicht so viele Punkte, die möchte ich auch herausstreichen.

Wir haben das erste Mal ein Defizit budgetiert. Aktuell ist es 8 Millionen und wenn Sie der Finanzkommission folgen, dann 12 Millionen, das ist eigentlich eine schwarz-rote Null. Bei einem so grossen Haushaltsbudget ist dieses kleine Defizit nicht wirklich relevant. Was Sie aber sehen, ist, dass es wirklich etwas enger wird, der strukturelle Überschuss ist weg. Das sehen Sie auch, wenn Sie die Medienmitteilung zur Hochrechnung gelesen haben, auch wenn in den Medien gesagt wurde, ja, schon wieder mehr als budgetiert, muss man sagen, diese 25 Millionen mehr sind auch recht unwesentlich. Es sind nicht 100, 200 Millionen mehr, es sind 25, das lässt sich nie so genau budgetieren.

Daher sind wir jetzt in einem Bereich, wo wir davon ausgehen, in Zukunft ausgeglichene Rechnungen zu haben. Wir haben aber nicht vor, ein Defizit grundsätzlich zu budgetieren, das heisst, was Sie sehen im Finanzplan, das möchten wir natürlich verhindern. Wir werden dann schauen, dass wir das Budget ausgeglichen machen. Dieses Mal hat es nicht geklappt, aber ich glaube, es wäre nicht anders gegangen. Wir wollten den ESC, die Bevölkerung wollte das und der Entscheid kam zu spät, als dass wir das bereits in das Budget hätten aufnehmen können. Daher ist es uns nicht gelungen, ein positives Budget vorzulegen, ist aber ein Anspruch des Regierungsrates, dies in Zukunft so wieder zu machen.

Was auch noch bemerkenswert ist, ist das Investitionsvolumen. Das steigt an, das steigt stark an, wir haben sehr viele Investitionen. Wir sind in einem Bereich der Höhe, dass der Regierungsrat das zukünftig sehr aufmerksam beobachten möchte. Auch wenn wir uns das leisten können, auch wenn wir eine zusätzliche Verschuldung tragen können, möchten wir trotzdem schauen, dass es in Zukunft nicht eine gewisse Höhe überschreitet, weil zusätzliche Schulden machen, ist nie vollkommen positiv, sondern wir wollen da in einem gewissen Rahmen bleiben. Es ist auch so, dass es schwierig ist, manchmal all diese Investitionen auf die Reihe zu kriegen, gleichzeitig müssen wir sicher mehr priorisieren. Wir müssen vor



allem schauen, wann etwas kommt, ob wir es verzögern sollen, was wir alles gleichzeitig überhaupt leisten können. Der Regierungsrat wird den Anstieg der Investitionen aufmerksam beobachten und wir schauen, dass es nicht aus dem Rahmen fällt.

Die wichtigsten Veränderungen hat der Präsident der Finanzkommission auch schon erwähnt. Was ich dazu noch sagen möchte, ist, bei der Ergänzungssteuer und dem Standortpaket, diese 300 Millionen, die wir budgetiert haben, das ist keine Schätzung. Wir können es im Moment wirklich noch nicht schätzen. Wir haben einfach den Maximalbetrag genommen, welchen wir im Ratschlag des Standortpakets haben. Dort haben wir geschrieben, wir gehen davon aus, dass wir Mehreinnahmen von 150 bis 300 haben und so haben wir das vorgeschlagen im Gesetz, darum haben wir diese 300 genommen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es sehr schwierig ist, im Moment diese Zahl der Mehreinnahmen der Ergänzungssteuer zu schätzen, wir werden es erst wahrscheinlich frühestens im 2026 wissen. Wir werden jetzt im Laufe der Zeit immer etwas näher an den Betrag kommen durch die Gespräche mit den Firmen., aber das ist wirklich eine grössere Herausforderung.

Was auch noch massiv angestiegen ist, sind die Zahlungen in den nationalen Finanzausgleich. Da bezahlt Basel-Stadt deutlich mehr. Dort haben wir wirklich höhere Ausgaben, seit 2022 sind diese Zahlungen um 85 Millionen gestiegen und werden weiter ansteigen.

Eine grosse schwarze Wolke, die auf uns zukommt, ist das Entlastungsprogramm des Bundes. Das könnte noch für Schwierigkeiten sorgen, wird aber erst nächstes Jahr in die Vernehmlassung gegeben, daher hoffen wir, dass wir dort auch noch Einfluss nehmen können. Es wird sich aber allenfalls schon auf das Budget 2026 auswirken.

Bei der SNB, wie es der Präsident der Finanzkommission gesagt hat, haben wir uns erlaubt, nochmals die mittlere Gewinnausschüttung zu budgetieren. Es sieht ja auch schon wieder etwas positiver aus, als man das anfangs Jahr dachte, aber im Moment ist es immer noch sehr unsicher. Wir hoffen natürlich, dass die Entwicklung auch für die SNB positiver sein wird.

Zu den Steuerannahmen haben Sie die Ausführungen schon gehört. Wir sind da wohl in einem Bereich, dass wir recht gut budgetiert haben. Wir gehen davon aus, dass die Steuereinnahmen nicht mehr massiv steigen werden, sondern dieses Niveau, auf welches wir jetzt unser Budget nachvollzogen haben.

Daher Finanzplan und Ausblick. Ich finde, es gibt weder Sorgenfalten noch ein Grund, jetzt die Ausgaben noch mehr zu steigern. Ich glaube, wir sind auf einem sorgfältigen Weg. Es ist aber tatsächlich so, dass der strukturelle Überschuss weg ist, daher heisst es, wirklich sorgfältig zu budgetieren, sorgfältig zu überlegen, welche Ausgaben wir tätigen wollen.

Die Finanzkommission stellt dann noch drei Anträge, um das Budget zu verschlechtern. Der Regierungsrat lehnt alle drei Anträge ab und wird in der Detailberatung dazu noch Stellung nehmen.

Zu einem Änderungsantrag möchte ich aber jetzt schon kurz Stellung nehmen und das ist der Änderungsantrag der SVP-Fraktion, der Verzicht auf die 0,8 Stellen bei den HR der Departemente. Ich mache das, weil es alle Departemente betrifft. Soweit wir gesehen haben, nicht das ED nicht das JSD, warum weiss ich nicht, das wird dann sicher der Antragsteller noch erklären, ob es Absicht war oder nicht, das ist mich nicht ganz klar, aber da wir diese Stellen für alle gesprochen haben und das die gleiche Begründung ist, erlaube ich mir, hier schon Stellung zu nehmen.

Wir haben länger im HR-Bereich keine zusätzlichen Stellen gesprochen und dieser Bereich hat sich gewandelt. Es ist nicht mehr wie früher, dass man hier administrativ tätig ist und einfach die Eintritte notiert und Austritte und die Zeugnisse verschickt und Verträge verschickt. Dieses Berufsbild hat sich sehr gewandelt. Das sind heute Business Partner, die begleiten die Dienststellen, sie begleiten bei schwierigen Gesprächen, bei Rekrutierungen, bei sehr vielen Themen, die in den Abteilungen präsent sind, wie Kulturwandel oder eine Reorganisation, da ist wirklich Begleitung dabei, Beratung. Ich persönlich darf das auch wahrnehmen, ich werde auch persönlich beraten, es wird auch geholfen, wenn es um schwierige Personalentscheide geht. Also hier haben wir wirklich ein vollkommen neues Berufsbild, das sich sehr gewandelt hat. Und das ist auch wichtig für die Arbeitgeberattraktivität, das ist wichtig für unsere Mitarbeitenden, dass wir bei den HR gut aufgestellt sind. Was wir dort vor allem noch brauchen, ist das eHR, die ganze moderne Zeiterfassung, dass der Rekrutierungsprozess digital verläuft, das Personaldossier elektronisch zur Verfügung steht, dass die Mitarbeitenden dies auch elektronisch nachvollziehen können. Dort sind wir tatsächlich im Kanton etwas hintennach und sind dabei, das aufzuholen.

Diese ganzen neuen Tools und diese Veränderungen, die brauchen auch Ressourcen. Wir haben das diskutiert und haben entschieden, dass wir daher jedem Departement diese 0,8 Stellen zusätzlich geben wollen. Man könnte sagen, man hätte das nach Grösse der Departemente anders machen können, wir haben aber die Schwierigkeit, dass bei kleinen Departementen es schwieriger ist, auch Verschiebungen vorzunehmen oder wenn es dann zum Beispiel nur 30 Prozent sind, überhaupt jemanden zu finden. Und aus diesem Grund, mit dieser ganzen Entwicklung des Berufsbildes und die zusätzlichen Anforderungen, die jetzt mit dem eHR auf uns zukommen, hat der Regierungsrat entschieden, dies bei allen Departementen gleich zumachen, diese Aufstockung. Wir wollen auch ein Zeichen geben, weil die Departemente arbeiten im Moment sehr gut zusammen in diesem Bereich, das hat früher vieles blockiert. Wir kommen hier aber sehr gut vorwärts und daher war das



ein Entscheid, das bei allen gleich zu machen. Daher bitte ich Sie sehr, diesen Antrag heute der SVP-Fraktion bei den verschiedenen Departementen abzulehnen.

Gut, das war es auch schon von meiner Seite. Ich bin gespannt auf die Diskussion und bitte Sie, dem Budget, so wie vom Regierungsrat beantragt, ohne die Änderungsanträge der Finanzkommission und allen anderen Parlamentariern zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat der Präsident des Gerichtsrats Stephan Wullschleger das Wort.

Stephan Wullschleger: Ich kann mich darauf beschränken, der Finanzkommission für ihre sorgfältige Prüfung des Budgets der Gerichte, die kritische Begleitung unserer Herausforderungen, zunehmend wachsenden Herausforderungen im Bereich der Gerichts IT und die angenehme Zusammenarbeit zu danken. Ich kann auf ein Votum verzichten an dieser Stelle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und es hat sich Pascal Messerli für die SVP zuerst gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion hat wie jedes Jahr das Budget kritisch begutachtet und ist der Meinung, dass noch ein paar Punkte abgeändert werden können. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat für das Jahr 2025 ein leichtes Minus budgetiert, können aber gleich vorwegnehmen, dass uns diese Zahl jetzt nicht sehr gross beeindruckt. Diese sehr negative Budgetierung scheint vielmehr in den letzten Jahren auch Regierungspraxis zu sein, um weitere Steuersenkungen zu verhindern. Wir sehen es ja auch beim Budget 2024, aber auch in den Jahren zuvor, dass die Rechnung dann meistens deutlich positiver ist als budgetiert. Selbstverständlich wird auch die SVP-Fraktion zukünftige Steuersenkungen begrüßen.

Unabhängig von der Frage, ob jetzt zu negativ budgetiert wird oder nicht, ist die SVP ohnehin der Meinung, dass wir nicht zu wenig Einnahmen haben, ganz im Gegenteil, sondern massiv zu viele Ausgaben. Und wenn man sich jetzt die Entwicklung des Headcounts anschaut, dann haben wir hier in diesem Kanton ein strukturelles Problem, was dazu führt, dass wir eben keine strukturellen Überschüsse mehr haben, wie es Finanzdirektorin Tanja Soland gesagt hat. Auch wenn es der Regierungsrat in den letzten Jahren immer mal wieder verneint hat, aber es ist Fakt, dass der Kanton Basel-Stadt komplett uferlos wächst. Beim heutigen Budget sprechen wir von einer Headcount-Erhöhung von 200, im Budget 2024 waren es 200, im Budget 2023 waren es 300 und beim Budget 2022 waren es wiederum 200. Das sind fast 1'000 Stellen in einer Legislatur. Der Kanton wächst innerhalb von vier Jahren in Höhe von einem ganzen Konzern. Und da, geschätzte Frau Regierungsrätin Tanja Soland, kann man jetzt wirklich nicht sagen, dass wir heute negative Zahlen haben wegen dem Eurovision Song Contest. Das ist ein strukturelles Problem, das sind diese 1'000 Stellen mehr in den letzten vier Jahren, wo wir einfach uferlos wachsen. Hier ist nicht nur das Departement und der Regierungsrat in der Pflicht, hier ist die gesamte Politik in der Pflicht, dies auch kritisch anzuschauen. Und hier darf man auch durchaus die Finanzkommission kritisieren. Sie hat es nämlich in den letzten vier Jahren geschafft, einen einzigen Kürzungsantrag zu stellen und das war bei einer Covid-Stelle im Gesundheitsdepartement und das ist bei 1'000 Stellen in vier Jahren bescheiden und unkritisch.

Die SVP-Fraktion hingegen weist schon lange darauf hin, dass dieses Staatswachstum problematisch ist, deshalb haben wir auch in diesem Jahr Kürzungsanträge eingereicht. Ich kann Sie beruhigen, wir stellen in diesem Jahr keinen Kürzungsantrag in der Abteilung Gleichstellung, sind aber der Meinung, dass im Bereich der Digitalisierung dort departementübergreifend diese Stellen nicht gesprochen werden müssen. Es sind insgesamt fünf Anträge. Wir werden dann die anderen Anträge zurückziehen, wenn der erste Antrag keine Mehrheit findet und wir werden auch beim BVD noch einen zusätzlichen Antrag stellen.

Selbstverständlich anerkennt die SVP, dass es Bereiche gibt, in welchem ein Wachstum auch rational begründet ist. Wir haben beispielsweise im Rahmen der steigenden Schülerzahlen im Erziehungsdepartement nie interveniert und Kürzungsanträge bzw. Anträge gegen das Wachstum gestellt, aber heute werden wir bei den Lehrmitteln dem Regierungsrat folgen. Es ist auch eine Tatsache, dass wir in verschiedenen Bereichen, beispielsweise auch in rechtlichen Verfahrensbereichen mehr Ressourcen benötigen, ganz unabhängig an welcher Stelle das ist, sei es bei den Gerichten, sei es bei der KESB, sei es im Bereich Schuldbetreibung und Konkurs und ja, sei es auch im Bereich der Staatsanwaltschaft, hier benötigt es zusätzliche Ressourcen.

Deshalb wird auch die SVP hier dem zustimmen und dies auch noch in der Detailberatung dann noch genauer kommentieren. Auch der Mehrbedarf zur Umsetzung der Pflegeinitiative im Bereich der Hebammen-Ausbildung ist aus Sicht der SVP legitim, das werden wir unterstützen. Zu den anderen Bereichen werden wir uns im Detail äussern, auch zu unseren Kürzungsanträgen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Spare in der Zeit, dann hast du in der Not, das habe ich letztes Jahr hier im Budget 2024 gesagt. Ein Jahr später diskutieren wir hier drinnen darüber, was eine schwarze Null ist und was keine schwarze Null ist, das ist auch eine spannende Diskussion.

Ich möchte kurz auf den Finanzplan eingehen. Im Finanzplan 2028 steht eine schwarze Null drin könnte man sagen, wenn man das jetzt so interpretiert, wie wir vorhin darüber diskutiert haben, aber es steht eine rote Null drin, und zwar geht es um 36 Millionen Defizit, das wir heute schon im Finanzplan 2028 vorsehen, trotz weiterer Zunahmen bei den Steuereinnahmen und nicht nur bei den OECD-Steuern. Die Investitionen nehmen weiter zu, was per se ja nicht schlecht ist, aber wenn wir den Selbstfinanzierungsgrad anschauen, der stürzt ab von 160 Prozent im 2023 auf bescheidene 39 Prozent im 2028. Die Schulden nehmen stark zu im Finanzplan, wir reden von Nettoschulden wieder von gegen 1 Milliarde im 2028 und Bruttoschulden von 6 Milliarden, also deutlich mehr als der gesamte Haushalt. Bei der pro-Kopf-Verschuldung nimmt der Kanton trotz all den Einnahmen, die wir generieren, einen Spitzenplatz ein, einen absoluten Spitzenplatz bei der Brutto-pro-Kopf-Verschuldung.

Wir haben in der Finanzkommission den Finanzplan diskutiert und sind zu unterschiedlichen Ansichten oder Beurteilungen gekommen. Eine Minderheit der Kommission macht sich Sorgen. Ich habe vorhin bei der Regierungsrätin auch gewisse Sorgen gespürt, was ich positiv finde. Wir verstehen, dass wir nicht alle Investitionen bei diesen ambitionierten Zielen mit den laufenden Einnahmen finanzieren können, aber einen ausgeglichenen Haushalt sollten wir doch erwarten können. Wir werden da ein Auge darauf haben.

Der Präsident hat es ausgeführt, im Budget nehmen fast alle Ausgabenpositionen weiter zu, alles wächst, die Stellen, die Ausgaben und auch die Einnahmen. Quasi das Einzige, was gleichgeblieben ist, ist der Umfang des Budgetberichts mit den 350 Seiten. Nur diese kann man leider wahrscheinlich auch nicht noch weiter ausdehnen, sonst versteht niemand mehr am Ende, was da wirklich drinsteht. Der Wille, etwas zu reduzieren, auf eine Ausgabe oder auf eine Aufgabe mal zu verzichten, dieser Wille ist nicht erkennbar. Das Gegenteil ist der Fall, immer neue Ausgaben und Aufgaben werden an die Verwaltung delegiert, alles wird immer teurer. Die Teuerung ist jetzt bei 0,5 Prozent für das Jahr. Wir hatten dieses Jahr x Bauprojekte, wo wir 40-prozentige Teuerungen überwiesen haben in der Finanzkommission. Wenn man nicht sparen will und hier drin im Saal immer wieder neue Staatsaufgaben erfunden werden, dann muss man auf der Einnahmeseite ansetzen. Für die FDP heisst das, Einkommenssteuern senken und den Menschen die Kaufkraft zurückgeben.

Grosse Sorgen bereiten uns nach wie vor die Bauprojekte. Die Sanierung des Spiegelhofs verzögert sich weiter, die Mitarbeitenden, die ins Kleinbasel umziehen mussten, die 150 Leute, die bleiben jetzt da statt 24 Monate 43 Monate. Das Ganze verursacht Mehrkosten von 1,4 Millionen, der Umzug zurück in den Spiegelhof ist scheinbar nicht klar, ob überhaupt jemand da zurückgeht. Das JSD ist gleichzeitig an der Standortstrategie der Kantonspolizei, wir wissen also heute nicht, ob in fünf bis zehn Jahren überhaupt noch Polizisten im Spiegelhof sein werden und ob wir den Spiegelhof am Ende für 100 Millionen umsonst saniert haben.

Auch beim Neubau des Naturhistorischen Museums und Staatsarchiv ist mit Verzögerung und Mehrkosten zu rechnen. Hier warten wir jetzt dann bald über ein halbes Jahr mit Informationen, wie die Mehrkosten ausschauen und wenn der neue Termin feststeht. Da muss man schon fast von einer Salami taktik reden. Dann noch ein Wort zum Kunstmuseum. Diese Sanierung startet im 2029, da wissen wir heute schon, dass mit Teuerung wir wahrscheinlich von 200 Millionen sprechen, die diese Sanierung kostet. Die Baukosten wachsen scheinbar in dieser Stadt wie ein Wolkenkratzer und ich muss mir wirklich die Frage stellen, können wir in Zukunft all diese Ausgaben noch finanzieren, wenn wir so weitermachen.

Ich verweise hier nochmal auf meine Ausführungen zum Finanzplan, nichtsdestotrotz unterstützt die FDP das Budget und auch die drei Änderungsanträge der Finanzkommission.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die finanzielle Lage des Kantons Basel-Stadt ist gut und wie im Bericht genannt und seither sehr viel zitiert, solide. Die stabile Ausgangslage haben wir dank der bedachten Budgetierung und der Einhaltung des Budgets seitens Departemente und Gerichte. Fraglos muss auch weiterhin sorgfältig mit dem Geld und den Ausgaben umgegangen werden, gerade auch, weil wir ein grosses Ausgabenwachstum haben. Ich bin davon überzeugt, dass diese Sorgfalt gegeben ist, auch wenn die Ausgaben kontinuierlich steigen und sogar die Finanzkommission zum ersten Mal Anträge für Mehrausgaben stellt.



Davon abgesehen ist vieles ähnlich wie letztes Jahr, überall steigen die Kosten. Fast hätte ich das Votum vom letzten Jahr copy/pasten können. Aber ein bisschen anders ist es dieses Jahr halt schon und sorry, Scherz, es ist natürlich sehr anders. So schlagen denn auch die Kosten für den ESC von 34 Millionen Franken und die 11 Millionen Franken für die Frauen Europameisterschaft zu Buche. Bei den wiederkehrenden Ausgaben sind der Ausbau der Kinderbetreuung von 33,6 Millionen und der nationale Finanzausgleich zu nennen. Dann natürlich auch die Teuerungen auf Löhne und Staatsbeiträge von 27,5 Millionen Franken, die 44 Millionen Franken für den Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs. Als grosses Investitionsvorhaben auf jeden Fall zu nennen ist sicher die Hafen- und Stadtentwicklung nach wie vor. Wir haben ein hohes Investitionsvolumen von 503 Millionen Franken und das Nettovermögen sinkt auf 96,5 Millionen. Die Nettoschuldenquote, auch diese haben wir bereits ein paar Mal gehört heute, mit minus 0,1 Promille ist aber immer noch deutlich unter der Vorgabe der Schuldenbremse, die ja dann bei 6,5 Promille starten würde.

Ich gehe nun punktuell auf Bereiche einzelner Departemente ein. Zu den Departementen werden wir eventuell dann noch zusätzlich in Einzelvoten Stellung nehmen, sicher im JSD.

Zum Präsidentsdepartement. Die Abteilung Kultur hat eine Betriebsanalyse machen lassen, aufgrund der Ergebnisse die Organisationsstruktur angepasst und eine zweite Führungsebene eingeführt wurde. Diese Massnahme soll helfen, die Arbeits- und Führungseffizienz zu unterstützen und klärt auch die Verantwortungsebenen der Portfoliosteuerung. Wir von der SP begrüssen diesen Schritt und hoffen, dass die Reorganisation dazu beiträgt, den angekündigten Mehraufwand zu bewältigen. Auch positiv erwähnen möchte ich die Umsetzung der Trinkgeld-Initiative und den Aufbau Fachbereich LGBTIQ als Teil der Umsetzung des neuen kantonalen Gleichstellungsgesetzes. Ebenso den Aktionsplan Barrierefreie Kommunikation, welcher den barrierefreien Zugang zu Informationen und Kommunikation sicherstellen soll.

Das BVD hat das hehre Ziel, Basel innerhalb des Netto-Null-Ziels fit für wärmere Temperaturen und trockene Sommer zu machen. Wir werden niemals fit für die Schäden und Belastungen durch den Klimawandel sein, aber es sind zahlreiche Massnahmen geplant, um einen Umgang damit zu finden. Die Verwendung der Mittel aus dem Mehrwertabgabefonds im Zuge des Stadtklimakonzeptes soll Investitionen zu nachhaltigen, nämlich mindestens fünf Jahre dauernden Begrünung evozieren. Ein Rückbau hätte eine Rückzahlung zur Folge und ob wir mit dieser gesetzlichen Grundlage dann auf einen grünen Zweig kommen, das wird sich noch zeigen.

Zum ED. Einer der Hauptfaktoren, warum der Personalaufwand um fast 20 Millionen gestiegen ist, ist die Weiterentwicklung der integrativen Schule. Auch gibt es eine leichte Zunahme der Schüler*innen. Der grösste Anstieg im Transferaufwand findet sich mit 53,8 Millionen bei der familienergänzenden Kinderbetreuung, also der Umsetzung der Kita-Initiative. Eine beispielhafte Investition in die Zukunft. Die Teuerung wirkt sich auch auf die Kosten der Lehrmittel aus. Das Budget für Lehrmittel wird jedoch nicht automatisch an die Teuerung angepasst und durch den digitalen Wandel, der ebenfalls in der Bildung zum Glück stattfindet, findet auch bei den Lehrmitteln eine Verschiebung in den digitalen Bereich statt. Das und auch die dazugehörenden Lizenzen sind Kosten, die im Budget für Lehrmittel nicht berücksichtigt wurden. Wir unterstützen deshalb den Antrag der Finanzkommission, den Sach- und Betriebsaufwand zu erhöhen.

Zu teuren Softwarelizenzen kann auch das Finanzdepartement ein Lied singen, wo 3,5 Millionen Franken auf massgeblich höhere Erlöse durch die Verrechnung eben derer zu vermerken sind. Lange war das Job-Ticket in der Verwaltung nicht möglich, jetzt ist es als Massnahme zur Arbeitgeberattraktivität mit Mehrkosten von 1,7 Millionen eingeführt worden. Eine moderne und kundenfreundliche Verwaltung ist ein wichtiger Faktor für die Standortattraktivität. Deshalb gibt es neben dem Job-Ticket auch noch weitere Goodies für die Verwaltungsangestellten. Woran man gut erkennt, dass die Finanzdirektorin aus der linken Ecke kommt, ist das Wohnbauprogramm 1000+ und der Fokus auf Kreislaufwirtschaft, womit eine soziale Stadtentwicklung möglich ist.

Zum GD. Wir unterstützen den Antrag, den Transferaufwand im Gesundheitsdepartement für die Ausbildungsoffensive im Rahmen der ersten Etappe der Umsetzung der Pflegeinitiative zu erhöhen. Damit soll die Ausbildung des Berufs der Hebammen finanziert werden. Der Beruf der Hebamme beinhaltet Pflegeleistungen vor und nach der Geburt, was den entscheidenden Unterschied zu weiteren medizinisch-therapeutischen Berufsbereichen wie zum Beispiel der Physio- oder Ergotherapie ausmacht.

Zum JSD. Hier wird ein Anstieg des Personalaufwandes um 13,5 Millionen erwartet. Generiert unter anderem durch die Neuorganisation des Justizvollzugs, Mehraufwände bei der Stawa, Personalaufstockungen bei der Jugendanwaltschaft und der Einsatzzentrale Rettung und, zwar mit einem vergleichsweise bescheidenen Betrag von 722'000 Franken, aber dennoch sehr relevant, die neu bezahlte Umkleizeit bei der Kantonspolizei und der Rettung. Der Unterbestand bei der Kantonspolizei und die direkten und indirekten Folgen daraus sind ein grosses Thema und wir wissen es, ein Problem. Bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt die Fallbelastung und die Personalsituation. Hier werden wir dann bei den Stellenanträgen noch diskutieren. Zu nennen sind sicher die Rückstände bei der Fallbearbeitung. Es wäre eine sichtbare Prioritätensetzung und eine höhere Transparenz angezeigt, da die Staatsanwaltschaft nicht als unabhängige Instanz, sondern als Teil des JSD agiert.

Nun noch zum WSU. Das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz ABES stellt eine widererwartete Zunahme der Fälle quantitativ und eine Zunahme der Komplexität fest. Aus diesen Gründen können Mandate nicht so weitergegeben



werden, wie dies ursprünglich geplant war. Letztes Jahr wurde ein Teil des Stellenbedarfs genehmigt und dieses Mal ist die zweite Tranche fällig.

Ich möchte mich im Namen der SP-Fraktion bei allen Departementsleitenden und den Gerichten und bei allen Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre immer saubere Arbeit und ihr grosses Engagement bedanken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Mit dem Beschluss, den Eurovision Song Contest in Basel mit Steuermitteln zu finanzieren, bestätigt durch die Volksabstimmung vom 24. November, steht uns ein Budget 2025 mit roten Zahlen bevor. Das ist weder überraschend noch ein Drama. Dass wir damit, also mit dem ESC, in rote Zahlen geraten würden, war allen bekannt und allen bewusst gewesen, und das Wichtigste, wir können uns diese roten Zahlen leisten. Wir können uns leisten, grosse Vorhaben wie die familienergänzende Kinderbetreuung, die Beschaffung von E-Bussen oder die hohen Beiträge für den neuen Spitalbau zu finanzieren, selbst wenn wir sie 2025 nicht vollständig aus Eigenmitteln decken können. Wir bleiben deutlich unter der Nettoschuldenquote und die Steuereinnahmen sind nachhaltig stabil. Es gibt keinen Spardruck. Wir können problemlos den im Rahmen der PK-Revision beschlossenen Sanierungsbeitrag personalseits von 1 Prozent auslaufen lassen.

Statt Kürzungen sehen wir viele Möglichkeiten. Die Abstimmung über den Rheintunnel hat dies eindrucksvoll bestätigt. Investitionen in Klimamassnahmen wie den Ausbau um die Vergünstigung des öffentlichen Verkehrs, eine klimagerechte Stadtentwicklung oder die Förderung der Biodiversität sind dringend und vor allem machbar. Genau so können wir Potenziale ausschöpfen, um den Reichtum unseres Stadtkantons gerechter und solidarischer zu verteilen. Im bezahlbaren Wohnraum, eine öffentliche Arzneimittelversorgung, Chancengleichheit, kulturelle Vielfalt oder die Unterstützung unserer Jugend, etwa durch den Ausbau des schulpsychologischen Dienstes.

Doch hier kommen wir zum wunden Punkt dieses Budgets, den OECD-Millionen. Der Regierungsrat budgetiert 300 Millionen Franken an OECD-Mindeststeuereinnahmen. Aber statt diese Mittel der Allgemeinheit zugutekommen zu lassen, will er mit dem Basler Standortförderungsfonds faktisch Subventionen für die grossen Basler Firmen schaffen. Bis zu 300 Millionen Franken jährlich sollen in diesen Fonds fließen, mindestens 80 davon für Innovation, maximal 20 Prozent für Gesellschaft und Umwelt. Diese Budgetierung und Fondsbildung machen die OECD-Millionen saldoneutral, das Geld ist also bereits fest verplant.

Wir sehen schon heute klar, dass massiv Druck ausgeübt wird. Die Handelskammer zum Beispiel, bekannt als Sprachrohr der grossen Firmen, fordert in seinen Publikationen, dass alle Mittel in den Bereich Innovation fließen sollen. Sie fordert auch, dass der Fonds über 300 Millionen hinaus aufgestockt werden soll sowie, dass die zweite Tarifstufe bei der Gewinnsteuer erst ab einem deutlich höheren Gewinn greifen soll. Kurz, noch mehr Geschenke für die Wirtschaft, finanziert de facto von der Allgemeinheit. Und dazu sagen wir ganz klar, nicht mit uns. Sollte die Wirtschafts- und Abgabekommission diese Forderungen in ihrem Bericht aufnehmen, können sie mit unserem starken Widerstand rechnen.

Zu den Anträgen der Finanzkommission. Wir unterstützen den Antrag zur Förderung der Hebammen-Ausbildung. Gleichzeitig betonen wir, dass dies nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist. Bereits heute könnte der Regierungsrat Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege und zur angemessenen Entlohnung ergreifen, ohne auf eine Regelung vom Bund zu warten. Ebenso stimmen wir die Budgetanpassung zugunsten von Schulmaterial zu.

Beim Antrag zur Budgeterhöhung für die Staatsanwaltschaft möchten wir jedoch Kritik äussern. Die Stawa hat zweifellos einen erhöhten Arbeitsaufwand, nicht zuletzt durch die neue Strafprozessordnung. Doch vieles davon ist durch falsche Prioritätensetzung hausgemacht. Ein Beispiel. Statt ihre begrenzten Ressourcen für ernsthafte Vergehen einzusetzen, betreibt die Staatsanwaltschaft aufwändige Ermittlungen gegen Teilnehmende von Demonstrationen wie der Nazi-frei-Demo 2018 oder der Frauen-Demo 2023. Selbst die Aufsichtskommission der Stawa fragt sich, wie solche Prioritäten angesichts fehlender Kapazitäten zustande kommen. Im Gegensatz dazu blieben antisemitische Hetzreden des Kaders jahrelang unbehelligt.

Ein Teil meiner Fraktion wird trotzdem in Anerkennung des Mehraufwands, dem Antrag der Finanzkommission folgen. Einen weiteren Teil wird dem Antrag der SP folgen, das heisst, lediglich die Mittel für die Jugendanwaltschaft zu sprechen. Bei der Jugendanwaltschaft ist zumindest klar, wofür diese zusätzlichen Stellen eingesetzt werden, bei der Stawa ist dies nicht der Fall. Zuerst soll die Stawa über die Bücher gehen, zumal sie Pendenzen bereits abgebaut hat und der Regierungsrat in seinem Budget zusätzliche Stellen vorgesehen hat.

Ansonsten stimmen wir diesem Budget 2025 zu, ohne vergessen zu betonen, dass wir Prioritäten setzen müssen für eine gerechtere Verteilung des Wohlstand, für dringend notwendige Investitionen in Klima, Bildung, bezahlbares Wohnen und Soziales und gegen das Erfinden von neuen Subventionsmustern zugunsten weniger grossen Firmen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Das wichtigste vorweg, die GLP unterstützt die Anträge der Finanzkommission vollumfänglich und wir können uns auch zu einem grossen Teil den Ausführungen des Präsidenten der Finanzkommission zum Budget anschliessen. Deshalb werde ich es, wie Sie es von mir gewohnt sind, sehr kurzfassen und nur einige grobe Punkte zur Finanzpolitik der GLP sagen und die dann anhand einiger weniger Beispiele noch detaillieren.

Die GLP steht für eine nachhaltige Finanzpolitik. Was bedeutet das, das bedeutet primär, wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt das ist im Moment einigermassen gegeben, wir wollen langfristig möglichst wenig Staatsschulden, Bruttoschulden ganz konkret, sowieso keine Nettoschulden. Da teilen wir mit Blick auf den Finanzplan durchaus die Sorge, die von Vorrednern von mir angesprochen worden sind, von Daniel Seiler, wir wünschen uns einen Finanzplan, der auch langfristig ausgeglichen ist. Uns ist klar, dass das mit sehr viel Unsicherheit behaftet ist und wir können uns auch vorstellen, dass die Regierung das auch ein bisschen als Zeichen macht, den Finanzplan so zu gestalten, wie er jetzt gerade ist, aber wir wollen klar sagen, das ist nicht der Finanzplan, den wir uns wünschen. Da erinnere ich auch nochmal an den Vorstoss von unserer Seite, dass wir als Parlament auch auf den Finanzplan einen stärkeren Einfluss haben wollen. Aus unserer Sicht ist das die richtige Form, wie man Finanzpolitik betreiben sollte, langfristiger und nicht erst bei der «Diskussion» des Budgets, wo es für viele Sachen eigentlich zu spät ist.

Weiter zum Thema nachhaltige Finanzpolitik. Da steht der Vorwurf im Raum oder diese Problematik, die auch angesprochen worden ist von meinen Vorrednern, dass man nicht gleichzeitig für einen Schuldenabbau sein könne und die Investitionen möglichst aus eigener Hand finanzieren kann und gleichzeitig dann auch mit Steuersenkungen liebäugeln kann, wie das in der Motion auch jetzt der Fall ist, die wir als GLP auch unterstützt haben bis jetzt. Ich verstehe diesen Punkt, aber es ist nicht in dem Sinne ein Widerspruch, es sind zwei verschiedene Stossrichtungen. Eigentlich hat es Pascal Messerli von der SVP sehr gut gesagt, es geht hier um verschiedene Sachen. Man kann schauen, was ist mit den Einnahmen des Kantons, sind sie zu hoch, sind sie zu tief, und was ist mit den Ausgaben und das sind zwei verschiedene Stellschrauben.

Natürlich wollen wir grundsätzlich Einnahmenüberschüsse, die wollen wir unter anderem auch verwenden, um Schulden abzubauen. Wir wollen sie teilweise auch zurückzahlen, auch das unterstützen wir, auch das steht nicht im Widerspruch dazu, aber wir finden, dass das Ausgabenwachstum des Kantons ganz grundsätzlich gesehen besorgniserregend ist. Unsere Bewertung ist vielleicht nicht so absolut wie die der SVP, dass wir auch sagen, das ist schlecht, Staatsquote ist schlecht, auch wenn mein Vorredner das Wort Staatsquote nicht so verwendet hat. Ausgaben können berechtigt sein, wenn sie mit einem konkreten Mehrwert verbunden sind, wenn sie politisch gewollt sind und mit einem Mehrwert verbunden sind, dann stehen wir auch aus GLP dahinter. Aber es besteht da doch die Tendenz oder der Verdacht steht im Raum, dass gewisse Mehrausgaben, insbesondere auch, wenn man den Stellenwachstum des Kantons anschaut, nicht wirklich gerechtfertigt sind, sondern dass sie aus dem Effekt heraus entstehen, den man auch durch den Budgetprozess ein Stückchen weit erklären kann.

Wenn ich Verantwortlicher einer Dienststelle wäre oder für irgendeinen Budget-Bereich und ich sehe, ah, ich habe endlich wieder ein bisschen Luft zum Atmen, weil wir effizienter geworden sind, zum Beispiel dank Digitalisierung sind wir effizienter geworden, dann ist nicht mein erster Reflex zu sagen, okay, ich brauche weniger Budget, sondern dann schaue ich, dass meine Leute vernünftige Sachen machen mit den zusätzlichen Ressourcen, die ich jetzt habe, dass da was Gutes gemacht wird. Und ich habe immer Ideen in meinem Bereich, was ich besser machen könnte, ich kenne das auch von meiner Arbeit in der Privatwirtschaft. So läuft es. Ich bin nur dann bereit, runterzugehen mit dem Budget, wenn ich von aussen einen Druck habe und diesen Druck, den müssen wir als Politik aufbauen, sonst passiert das nicht. Sonst macht der Staat im Idealfall mit den freiwerdenden Ressourcen sinnvolle Sachen, im weniger guten Fall vielleicht auch teilweise wirklich nicht so sinnvolle oder es entsteht Leerlauf und Ineffizienzen. Und daher auch nochmal die Erinnerung an den Vorstoss der GLP, der auch schon in Bearbeitung ist, wo wir auch sehr begrüssen, dass die Regierung das schon jetzt direkt in die nächste generelle Aufgabenüberprüfung einfliessen lassen will, nämlich dass dort das mit einem konkreten Entlastungsziel verbunden wird. Da danke ich nochmal der Regierung für die Bereitschaft, das jetzt umzusetzen, auch wenn das gegen den Willen war. Und wir versprechen uns davon, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist, dass man wirklich auch einen gewissen Druck aufbaut, effizienter zu werden oder diese Effizienzgewinne, dass die auch wieder frei werden für neue Sachen, die wir uns wünschen.

So viel zum generellen, dann noch einige Punkte zu den einzelnen Departementen.

Zuerst zum Thema BVD. Da kann ich einfach noch einmal exemplarisch sagen bei einem Thema, dass wir hier im Parlament behandelt haben, bei der Gebietszuteilung im Bau- und Gewerbeinspektorat. Da ist wirklich ein Punkt, da versucht die Verwaltung effizienter zu werden, versucht etwas und wir können es nicht lassen als Parlament, da schon wieder einzuwirken und wir meinen, es besser zu wissen. Da sind wir ganz klar der Meinung, wir müssen die Regierung arbeiten lassen an solchen Sachen.

Auch ein Punkt, da gibt es auch noch einen Änderungsantrag danach von der SVP, ich denke, ich werde dann im Detail nicht mehr dazu reden müssen, wenn ich das jetzt schnell abhandeln kann als weiteres Beispiel, ist der zusätzliche Aufwand, der



sich ergibt in der Gebäudeverwaltung. Das war ein Thema in der Finanzkommission. Wir haben uns das erklären lassen, warum das nötig ist und es leuchtet uns ein. Die verwaltenden Flächen nehmen stark zu, die Gebäudetechnik wird komplexer, leuchtet uns ein, dass da mehr Stellen benötigt werden und das ist ein gutes Beispiel, wo wir klar sehen, okay, der Personalaufwand geht hoch, aber es ist auch ein Mehrwert dabei. Entsprechend werden wir natürlich auch diesen Änderungsantrag nicht unterstützen als GLP.

Weiter zum Erziehungsdepartement. Dort unterstützen wir den Antrag der Finanzkommission, wie ich das schon anfangs gesagt habe. Da finden wir es richtig inhaltlich, dass da mehr Geld gesprochen wird für die Lehrmittel. Auch dort ist der Bedarf, auch wenn wir keine klaren Zahlen bekommen haben in der Finanzkommission, ziemlich klar gegeben und ersichtlich und da sind wir für diese Erhöhung.

Ein weiterer Punkt, der wirklich ein bisschen ein Detail ist, aber den ich trotzdem betonen möchte, weil er uns sehr wichtig ist, der GLP, ist die Sorge, die wir haben, die auch angesprochen ist im Bericht der Finanzkommission, wegen des zusätzlich grossen Bedarfs im schulpsychiatrischen Dienst und beim Schulsozialdienst und Kinder- und Jugenddienst, dass dort offenbar Ressourcen fehlen. Da wollen wir nochmal nachdrücklich fordern, dass da wirklich Abhilfe geschaffen wird, diese Ressourcen müssen bereitgestellt werden. Ein weiteres Beispiel, wo für uns klar ist, da ist der Bedarf vorhanden, er ist ganz klar begründet, er ist unbestritten und da dürfen die Ausgaben auch hochgehen. Wenn sich da abzeichnet, dass da nichts passiert in diese Richtung, werden wir natürlich auch ein Auge darauf haben und allenfalls weitere Vorstösse machen.

Und schliesslich noch zum Justizdepartement. Dort unterstützen wir ebenso besonders nachdrücklich den Antrag der Finanzkommission. Für uns ist klar, die Staatsanwaltschaft braucht mehr Ressourcen. Es ist für uns zentral und wichtig und entsprechende Anträge der SP, das nur in gewissem Umfang zu machen, oder auch der Antrag der Regierung lehnen wir natürlich ab, das wieder auf das ursprüngliche Niveau zurückzustufen. Auch dort ist für mich immer noch ein bisschen unbefriedigend, dass mir nicht ganz klar ist, warum man diese Stellen nicht von Anfang an schon gesprochen hat im Budget. Ich hoffe, es wird jetzt in der Detaildiskussion noch ein bisschen klarer. Jedenfalls werden wir das unterstützen.

Dann noch letztlich das Thema Polizei, das hier auch dazu gehört. Da stehen jetzt keine konkreten Anträge im Raum, aber wir als GLP sind hier auch klar der Meinung, die Polizei braucht die nötigen Ressourcen und wir werden zusehen, dass das auch in Zukunft der Fall sein wird. Wir sehen, dass da schon richtige Bemühungen im Gang sind, aber könnten uns gut vorstellen, dass es da noch mehr braucht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Pascal Messerli an? Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Tobias Christ, Sie haben jetzt ein paar Mal gesagt, dass die GLP auch Potenzial für Kürzungen sieht. Können Sie mir drei Beispiele nennen, wo Sie das möchten und wo Sie das ansatzweise auch nur angestrebt haben in den letzten Jahren?

Tobias Christ (GLP): Ich danke für diese Zwischenfrage, die beinahe schon eingeplant ist. Ich sehe es nicht als meine Aufgabe, hier konkrete Beispiele zu nennen, sondern ich sehe es als Aufgabe der Regierung und der Verwaltung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die Zahlen wurden ausführlich erläutert, weshalb ich auf eine Wiederholung verzichten möchte. Es kann festgehalten werden, es geht uns gut. Das Budget für das Jahr 2025 ist mehr als nur eine Zahlenreihe. Es ist ein Ausdruck unserer Werte, unserer Ziele und unserer Vision für die Zukunft. Es ist ein Kompass, der uns durch die komplexen herausfordernden kommenden Jahre navigiert. Die Pandemie hat uns jedoch aufgezeigt, wie fragil unser System sein könnte. Gleichzeitig öffnet die digitale Revolution neue Möglichkeiten und fordert uns heraus, uns anzupassen. Die vergangenen Jahre haben diese Veränderungen mit sich gebracht, was eigentlich auch einen grossen Einfluss auf Budget und Vorhaben hat. Aus der heutigen Tageszeitung sticht eine Schlagzeile hervor: Es herrscht Alarm im einstigen Steuerparadies. Die Baselbieter Gemeinde Bottmingen hat finanzielle Probleme. Es ist sehr rasch gegangen vom Klassenprimus bis in die Problemzone hineinzugelangen. Deshalb ist eine nachsichtige und zukunftsorientierte Finanzplanung von zentraler Bedeutung.

Aus Sicht der LDP ist die Steuerpolitik ein zentraler Aspekt der Wirtschaftspolitik. Die LDP setzt sich traditionell für niedrige Steuerniveau ein, um die individuelle Freiheit zu maximieren und ökonomische Initiativen zu fördern. Im Kontext des Budgets 2025 für den Kanton Basel-Stadt und die Einführung der OECD-Mindeststeuer sind mehrere Punkte zu beachten. Die Einführung der OECD-Mindeststeuer ist ein Teil des globalen Bemühens, die Steuerbasis zu verbreitern und Gewinnverlagerungen und Erosionen, Base Erosion and Profit Shifting zu bekämpfen. Die LDP könnte besorgt sein, dass



eine höhere Besteuerung multinationaler Unternehmen den Standort weniger attraktiv für Geschäftsaktivitäten macht, was langfristig zu einer Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit führen könnte. Im Rahmen des Standortpakets sind Fördermassnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt vorgesehen. Die LDP fordert, dass solche Massnahmen marktorientiert sind und nicht eine Verzerrung des Wettbewerbs mit sich bringen.

Ein wichtiges liberales Anliegen ist die Transparenz der Steuerpolitik und der Rechtsstaatlichkeit. Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer sollte transparent erfolgen und die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten, um das Vertrauen der Steuerzahlenden zu erhalten. Zusammengefasst könnte die Einführung der OECD-Mindeststeuer und die Reaktion des Kantons Basel-Stadt darauf als ein Balanceakt gesehen werden, der gleichzeitig abzielt, die fiskalische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, um gleichzeitig internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

Ein zweites Thema, welches ich anschneiden möchte, ist das Thema Digitalisierung und ich glaube, das wird fast von mir erwartet, dass ich das anschneide. Die Digitalisierungsvorhaben betrachtet die LDP kritisch. Zuerst sollte ein Chief Digital Officer die eierlegende Wollmilchsau sein und alle Probleme lösen. Die GPK und die Finanzkommission haben mehrfach von den Ineffizienzen gehört und auch darüber berichtet. Die Regierung möchte, wie diese Woche mitgeteilt worden ist, ihre Informatik neu aufstellen und wieder einmal alle Probleme damit lösen. Wir stehen heute an einem Entscheidungspunkt in der digitalen Transformation des Kantons.

Der Regierungsrat möchte die Governance übernehmen mit diesem Vorhaben und Einfluss nehmen auf die Ausgaben, die wir in unserem Budget haben. Die vorgestellten Pläne sind ambitioniert, das haben wir auch von Regierungsrätin Tanja Soland gehört, da steht der Kanton Basel-Stadt noch hinten an, dass wir dort fast ein bisschen einen Entwicklungsstatus haben. Die Investitionen in die digitale Infrastruktur und die Umsetzung des Digitalkonzepts zeigen schon, dass der Kanton bemüht ist. Dieser letzte Punkt mit der Governance und mit dem Steuern der Informatik ist sicher ein zentraler Punkt, der uns noch finanziell zu schaffen geben könnte, wenn wir das nicht richtig machen.

Gleichzeitig werden Fragen aufgestellt, reichen die Mittel aus, die geplanten Investitionen sind im Anfang, aber bleibt es dabei oder sind da noch Abweichungen zu erwarten. Ähnlich wie bei den Bauprojekten haben wir festgestellt, dass in den letzten Jahren viele IT-Projekte massiv oben ausgeschossen sind, die Budgetierung da dann immer als zu optimistisch angeschaut worden ist oder die Führung nicht konkret durchgeführt worden ist. Was zur nächsten Frage führt, sind die Mitarbeitenden im Kanton qualifiziert, um solche Umsetzungen in der Digitalisierung zu machen. Und da haben wir in der Finanzkommission auf Nachfrage mitbekommen, dass man dort wirklich versucht, die bestehenden Personen auszubilden, dass sie auch in der Lage wären für solche Aufgaben.

Wir haben auch Risiken und ich denke, jetzt im nächsten Jahr mit der Euro und ESC werden digitale Angriffe ein zunehmender Faktor sein, was eigentlich Investitionen in die Infrastruktur mit sich bringen. Problematisch hier ist, dass man nicht auf die kurze Frist einfach alles, was man bisher verpasst und versäumt hat, dass man das nicht einfach jetzt schnell in vier Monaten einfach retten kann.

Und schlussendlich, wenn es um die Digitalisierung geht, da vielleicht einfach noch ein positiver Punkt. Die Digitalisierung, wir haben einige Angebote, die neu in digitalisierter Form daherkommen. Mit den neuen digitalen Technologien erhofft sich die LDP, dass die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, dass die Bürger einfacher zu ihren Dienstleistungen kommen, dass Geschäftsprozesse optimiert werden, dass wir im Budget 2026 erfahren, dass wir einiges an Mittel einsparen konnten durch digitale Effizienzen, die erreicht worden sind.

Unser Budget ist ein Ausdruck unseres Engagements für die nachhaltige und gerechte und zukunftsorientierte Gesellschaft. Es ist ein Budget, das uns ermöglicht, die Herausforderungen für die Zukunft zu meistern und die Ziele, die wir haben, die sehr unterschiedlich sein können in diesem Grossen Rat, zu erreichen. Und hier ist eine Bitte, wir haben das auch in der Finanzkommission festgestellt, dass die Kommission durchaus auch einen Beitrag leisten zur Verteuerung unseres Apparats und dass wir hier im Grossen Rat auch durch unsere Vorhaben, die wir umsetzen möchten, dass wir hier auch einen grossen Beitrag leisten zu einer Verteuerung und deshalb die Bitte, dass man in Zukunft, auch im Jahr 2025 mit Umsicht neue Geschäfte aufgleist und nicht irgendwelche Partikularinteressen in den Vordergrund stellt, die dem Kanton auf längere Frist teuer zu stehen kommen und sollte ein Fall wie heute in der Tageszeitung aufkommen, dass wir da nicht dastehen und sagen, oh, wir hätten es ahnen können.

Die LDP fordert einen behutsamen Umgang mit den finanziellen Ressourcen des Kantons. Sie bedankt sich auch an dieser Stelle an alle Steuerzahler, ohne die dieses ganze Vorhaben überhaupt nicht möglich wäre. Sie bedankt sich auch bei der Verwaltung, dass sie dort sehr engagiert für unseren Kanton eintreten und alle Beteiligten, die sich am Wohlergehen des Kantons beteiligen, dass wir dort denen auch ein grosses Dankeschön sagen möchten.

Die LDP stimmt dem Budget zu und den Anträgen und bedankt sich an dieser Stelle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Eric Weber gemeldet.



Eric Weber (Fraktionslos): Ich bekomme als Grossrat und als Mensch viele Nachrichten auf Social Media und bei diesen Nachrichten geht es um unser Budget, um unseren Haushalt. Und was sagen mir die jungen Menschen? Macht die Preise runter, macht den Döner billiger, das ist der Trend der jungen Menschen, Preise runterzusetzen. Ich sage, ich bin nicht von der Regierung, ich kann nicht allzu viel ändern. Ich spreche als Grossrat, aber ich möchte auch als Präsident der Volksaktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat, Liste Ausländerstopp sprechen. Ich möchte auch als Mitglied von der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat, NA.

Ich kann mich kurzfassen, ich habe keine Rede geschrieben, ich mache das aus dem Stehgreif. Ich war früher oft in Abu Dhabi. Das ist ein Vorbild bezüglich den Steuern und Budget, in Abu Dhabi zahlst du keine Steuern, in Abu Dhabi zahlst du auch keine Krankenkasse. Das gleiche ist auch in meinem Lieblingsland Belarus.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, sprechen Sie bitte zum Budget Basel-Stadt, sonst gibt es einen Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich möchte mit anderen Ländern vergleichen und das darf ich. Ich muss einfach sagen, was bei uns an Geldern verschenkt wird, das ist nicht in meinem Sinn. Ich zahle Steuern und darum spreche ich. Würde ich keine Steuern zahlen in Basel-Stadt, würde ich mich in Demut halten und nichts sagen.

Ich höre dann immer, wir haben zu wenig Leute bei der Polizei. Nein, das geht gar nicht, wir haben zu viel Personal bei der Polizei und bei der Justiz, wenn das Personal eingesetzt wird, um unliebsame Politiker wie Eric Weber zu verhindern. Tanja Soland, Basel wäre pleite ohne Roche und Novartis und den FC Basel. Ich habe jetzt die Anfrage gestellt und bin gespannt, wie viele Steuern eigentlich der FC Basel zahlt. Er macht ja pro Jahr 90 Millionen Euro durch Transfer aus. Da bin ich gespannt auf die Antwort oder werden wir da auch hinters Licht geführt und der FC Basel sagt, er muss keine Steuern zahlen? Tobias Christ, GLP, hat gesagt, die Polizei braucht Ressourcen. Ich muss das abstreiten, nein, die Polizei braucht nicht mehr Ressourcen, sie haben genügend Kräfte.

Olivier Battaglia von Bettingen hat gesagt, die Pandemie hat sehr viel verändert und er hat auch gesagt, die Steuerzahlenden wollen vertrauen. Aber Olivier Battaglia von Bettingen, ich muss sagen, der Steuerzahler hat längstens das Vertrauen verloren in den Kanton. Wenn ich unterwegs bin in meinem Wahlkreis Kleinbasel, muss ich mir täglich Beschimpfungen anhören, wo die Leute sagen, der Bürger, der Steuerzahler, der sagt, es ist alles zu teuer, er muss Steuern zahlen. Und bitte mir keinen Ordnungsruf geben, der Steuerzahler sagt mir dann, er sieht nicht mehr ein, dass er für Asylanten Gelder zahlen muss. Es gibt halt gewisse Länder, die keine Asylanten haben, auch nicht Belarus.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen und kommen damit wieder zu den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Behörden und Institutionen. Der Präsident des Gerichtsrates Stephan Wullschleger verzichtet, damit sind wir wieder bei Regierungsrätin Tanja Soland. Sie hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Besten Dank für Ihre Voten. Ich habe vor allem zwei Punkte. Das erste ist der Finanzplan. Ich kann Ihnen schon einen Finanzplan präsentieren, der immer positiv ist. Dann werde ich aber manuell Änderungen daran vornehmen und das ist einfach falsch, das machen wir nicht. Was wir machen, ist, wir planen das Budget ganz konkret und beim Finanzplan haben wir fixe Kriterien, die wir einfach weiterziehen. Wir ziehen die Teuerung nach Prognose weiter, das Steuerwachstum nach Prognose weiter und dann kommt die Zahl heraus, die herauskommt. Wir können Ihnen erklären bzw. das steht auch irgendwo, was sind die Eckdaten, die wir weiterziehen und dann kommt manchmal ein Plus, manchmal ein Minus und meistens, je weiter Sie nach hinten gehen, je mehr Minus. Wir haben nicht vor, Ihnen Defizite zu bringen. Und wenn Sie das beruhigt, dann könnte ich auch manuell eingreifen und dann hauen wir einfach irgendwo 20, 80 Millionen drauf und dann ist er immer positiv und alle glücklich.

Aber das ist ja nicht die Idee der Sache. Die Idee ist, das Budget ist konkret, dort machen wir das, wenn wir merken, es wird knapp, dann müssen wir in einem Bereich weniger wachsen, aber beim Finanzplan wird einfach weitergezogen und das ist eine ungefähre Ausrichtung. Die NFA-Zahlen, die wir haben, und die SNB, wenn wir da bessere Prognosen haben, wird einfach weitergezogen. Daher, wenn Sie verlangen, dass der ausgeglichen sein muss, dann mache ich Ihnen das problemlos auf nächstes Jahr. Kann ich, aber scheint mir nicht sinnvoll, dass man das manuell so verändert, sondern man muss wissen, wenn wir mit diesen Prognosen schaffen, wohin kommen wir in etwa und dann richten wir manuell das Budget aus.

Dann bin ich etwas irritiert. Ich höre, wie wachsen uferlos, auch von der GLP, das Aufgabenwachstum ist besorgniserregend, das teile ich nicht und die Regierung teilt das auch nicht, wir machen das sehr sorgfältig. Und ich kann Ihnen sagen, der interne Budgetprozess, da werden in jeder Abteilung Anträge geschrieben, da wird geschaut, was braucht es. Alle Regierungsräte schauen zuerst in ihrem Departement, häufig sind die Anträge höher zuerst und dann werden sie etwas eingedampft, etwas gekürzt und dann kommt man am Schluss zu uns und wir vom FD machen noch mal einen Vorschlag



und dann geht das in die Regierung. Also wir schauen das sorgfältig an und wir sprechen nicht einfach so pauschal irgendwo Ressourcen und dann werfen Sie uns vor, an anderer Stelle, wo es nötig gebraucht wäre, würden wir es nicht machen. Wir versuchen wirklich überall, wo wir das Gefühl haben, es ist absolut notwendig, das abzuwägen.

Und wir schauen uns alles an, alle Departementsvorsteher in ihrem Departement, dann schauen wir vom Finanzdepartement nochmal drauf, dann geht es nochmal in die Regierung und wird nochmal abgewogen. Das ist ein langwieriger Prozess, da wird alles angeschaut. Und klar kann man die Prioritäten anders setzen, das können Sie machen, aber uns vorzuwerfen, auf der einen Seite, Ausgabenwachstum sei völlig besorgniserregend, auf der anderen Seite, wir würden nicht die nötigen Ressourcen geben und jetzt erhöhen Sie noch mehr. Selbstverständlich haben wir die Anträge, die kommen, diskutiert, wir diskutieren das alles. Und ich möchte jetzt nicht sagen, dass mir manchmal auffällt, dass je nachdem, wer, das sieht man auch bei den Staatsbeiträgen, sich gross beschwert, der hat dann mehr Chancen als der andere. Das machen wir nicht, bei uns geht es von unten nach oben, wird alles einzeln angeschaut. Das heisst nicht, dass es immer das Beste ist, aber wir machen das.

Und es ist nicht willkürlich und zufällig, wir haben den Eindruck, dass das, was wir sprechen, notwendig ist. Und manchmal finden Sie, nein, es braucht noch mehr, okay, können Sie finden, aber wir schauen das wirklich beim Budget sehr genau an. Es ist ein langwieriger und anstrengender Prozess, kann ich Ihnen sagen. Ich kenne daher auch viele Themen in den Departementen, weil wir das zusammen besprechen und wirklich anschauen. Selbstverständlich weiss eine Abteilung am Ende das immer besser, wie Sie das Beispiel geschildert haben, Herr Christ, der Einzelne weiss das selbstverständlich besser, aber ich glaube, wir versuchen trotzdem abzuwägen, was hat auch Platz, damit das eben nicht passiert, damit wir nicht komplett uferlos wachsen, wie uns die SVP vorwirft. Das machen wir nicht, weil dann hätte ich das halbe Jahr frei, dann würden wir einfach die Anträge übernehmen und das ins Budget einstellen, dann hätte ich ja keine Arbeit. Also das machen wir nicht.

Ich möchte einfach nochmal sensibilisieren, weil da arbeiten sehr viele Menschen daran mit. Die Finanzexperten in den Departementen, die Vorgesetzten, da arbeiten so viele Menschen an diesem Budget und das ist nicht einfach willkürlich, das ist es wirklich nicht. Wir geben uns Mühe und wir versuchen das Beste zu machen, dass wir am Ende hier drin dann diskutieren, wo braucht es mehr oder weniger. Ich möchte einfach, dass Sie das auch etwas berücksichtigen. Und was wir nicht wollen, das wurde uns auch von der Finanzkommission leicht vorgeworfen, wir wollen diese Anträge nicht publik machen. Das würde unseren internen Prozess erschweren, wenn jede Abteilung kommt und sagt, ich wollte fünf Millionen, habe nur eine bekommen, das ist einfach schwierig, weil wir diesen Prozess intern vertraulich machen wollen. Und wir haben jetzt versucht, das beste Budget, wie wir es richtig fanden, Ihnen vorzustellen. Das war mir jetzt einfach noch wichtig zu sagen und ich sehe, ich habe Ihr Interesse geweckt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen an? Sie werden angenommen. Zuerst Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Besten Dank für die Ausführungen und Erklärungen, wie so ein Finanzplan funktioniert. Kann ich davon ausgehen, dass sich die Regierung doch auch mindestens ein bisschen Sorgen macht, wenn man diesen Finanzplan anschaut?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Als Finanzdirektorin mache ich mir immer Sorgen, das wirft man mir ja vor, aber nein, wir machen uns keine, wenn wir den Finanzplan anschauen, weil es ausgeglichene Ergebnisse sind. Und wir wissen, dass wir im Kollegium in der Lage sind, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Wir sind auch in der Lage, wenn es notwendig wäre, das Ruder herumzureissen. Wir wissen, dass wir im Kollegium gut zusammenarbeiten und daher haben wir Vertrauen darauf, dass es auch gut kommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Frau Regierungsrätin, der Kanton ist in den letzten vier Jahren um 1'000 Stellen gewachsen. Bei der zentralsten Aufgabe des Staats, die Sicherheit, wollen Sie elf Stellen nicht sprechen, obwohl dort der Missstand riesig ist. Ist das nicht eine völlig falsche Prioritätensetzung?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir haben steigende Schülerzahlen bei der Bildung, dort sind die meisten Stellen bei den Tagesstrukturen, Bildung, ich glaube, das ist eine sinnvolle Priorität. Bei der Sicherheit haben wir zusätzliche Stellen gesprochen, da kommen wir nachher noch in der Detailberatung dazu, das haben wir gemacht. Wir werden nachher noch ausführen, warum der Regierungsrat nicht gleich wie die Finanzkommission entschieden hat.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion, die sich natürlich auf einer Metaebene so bewegt, wie es auch zwischen unseren Parteien natürlich unterschiedliche Meinungen zum Budget gibt, gerade auch was vielleicht die genannte Langfristigkeit des Finanzplans anbelangt. Ich möchte nur ganz kurz auf ein, zwei Punkte eingehen, die nun von Fraktionssprechern erwähnt wurde.

Zuerst vielleicht auch die Kritik, dass die Finanzkommission zu wenig genau schaut, wo Stellen unnötig angewachsen sind und die Finanzkommission habe in dieser Legislatur nur eine einzige Stelle gestrichen. Also ich glaube, die Qualität der Arbeit einer Finanzkommission wird nicht daran gemessen, wie viele Stellen sie Ihnen zur Streichung beantragt, sondern wie substanziell sie an einzelnen Stellen in ihrem Bericht auch Kritik äussert und ich glaube, das haben wir in den letzten Jahren in dieser Legislatur und auch in diesem Bericht der Finanzkommission wieder getan. Die eine oder andere Kritik ist etwas feiner formuliert, aber sie soll trotzdem den Regierungsrat nicht davor «verschonen», sie ernst zu nehmen, die Kritik.

Und dann vielleicht auch zu diesem Stellenwachstum von Pascal Messerli mit diesen 1'000 Stellen. Ich habe es jetzt nicht nachgerechnet, aber ich vermute natürlich, dass Sie da vollkommen recht haben, dass es etwa 1'000 Stellen waren in den letzten vier Jahren, aber wie Frau Regierungsrätin Tanja Soland natürlich auch schon jetzt in ihrem zweiten Votum angesprochen hat, sind ja viele dieser Stellen deshalb geschaffen worden, weil wir ein Bevölkerungswachstum haben, weil wir steigende Schülerzahlen haben und diese Schüler müssen ja zum Beispiel eben auch beschult werden und das können Sie nicht mit der gleichen Anzahl Lehrkräfte machen, wie wenn Sie weniger Schülerinnen und Schüler haben. Das dünkt mich sehr logisch zu sein.

Dann der zweite Punkt, der da ein bisschen hineinspielt in diesen Stellenzuwachs bei der Verwaltung, den wir ja auch in jedem Jahr sehr transparent darlegen in unserem Finanzkommissionsbericht, sind natürlich auch wir selber und da appelliere ich jetzt schon auch an die Mitglieder des Grossen Rates und weniger an die Mitglieder des Regierungsrates. Wir haben das sogar versucht in diesem Jahr, der Sprecher der LDP-Fraktion, Oliver Battaglia hat das erwähnt, wir haben es sogar versucht in diesem Jahr ein bisschen aufzublöseln in unserem Bericht auf Seite 18, was für Mehraufwendungen im 2025 auffallen, auch durch Beschlüsse des Grossen Rates, auch teilweise durch Gesetzesumsetzungen, die notwendig sind, und da kommen Sie dann auf Seite 18 doch auch auf eine beachtliche Zahl. Ich möchte das auch im Namen der Finanzkommission gar nicht werten und wir haben es auch nicht gewertet, sondern wir haben es einfach transparent gemacht.

Ich möchte zum Beispiel, um nur ein sehr aktuelles Beispiel herauszugreifen, den Beschluss von letzter Woche betreffend der Schneeräumung erwähnen. Diese Entscheidung des Grossen Rates basiert auf einem parlamentarischen Beschluss und dieser Beschluss hat zur Folge, dass nun eben auch die Aufgaben des Kantons grösser werden und wenn ich es richtig in Erinnerung habe, war es der Regierungsrat, der diesen Antrag, Frau Regierungsrätin Esther Keller wird mich sonst korrigieren, der diesen Antrag ursprünglich abgelehnt hat. Also wir als Parlament sind hier selber auch ein Teil des Rädchens.

Ich habe vorher noch einmal kurz mit Frau Regierungsrätin Tanja Soland darüber gesprochen, aber auch sonst schon, es wäre ja vielleicht auch einmal interessant aufzuschlüsseln, wie viele Stellen mehr geschaffen wurden aufgrund von Beschlüssen des Grossen Rates. Das ist nicht sehr einfach darzustellen, deshalb verzichtet der Regierungsrat darauf, das zu tun, was ich nachvollziehen kann. Aber wenn wir das dann einmal vielleicht demgegenüber stellen würden, was der Regierungsrat Ihnen beantragt respektive dem, was vielleicht auch aufgrund des Bevölkerungswachstums notwendig ist, dann weiss ich nicht, ob dann diese Stellen tatsächlich überall so überflüssig, oder wie es genannt worden ist, geschaffen worden sind. Wir haben, das kann ich Ihnen versprechen, aber trotzdem ein kritisches Auge darauf und werden das auch als Finanzkommission weiterhin haben.

Und auch die Finanzkommission ist in diesem Jahr, ich habe das ja im Eingang erwähnt, selber etwas «ausgabenfreudiger» wie der Regierungsrat. Das kann im Einzelfall tatsächlich sinnvoll sein und aus unserer Sicht ist es bei diesen drei Anträgen eben auch sinnvoll und da sind wir dann auf dieser Metaebene vom Sprecher der Fraktion GLP, von Tobias Christ. Diese Worte, die Sie hier als Sprecher der GLP-Fraktion vorne am Mikrofon verwendet haben, sind vermutlich inhaltlich nicht in jedem Einzelfall falsch, aber Sie alle hier drin, alle diese 100 Mitglieder haben die Gelegenheit mitzuentcheiden, ob es so notwendig ist oder nicht. Und diese Grundsatzdiskussion immer nur zu führen an die Adresse gerichtet von Tanja Soland oder dem Gesamtregierungsrat, ist natürlich etwas schwierig, wenn man dann, wie ich es eingangs erwähnt habe, eigene Anträge stellt oder eben auch selber dazu führt, das ist keine Kritik an Ihnen, Herr Christ, selber dazu führt, dass eben das Wachstum oder das Aufgabengebiet steigt.

Hier bitte ich vielleicht auch ein bisschen um Nachsicht, wenn der Regierungsrat das Budget präsentiert. Da sind tatsächlich auch wir als Grosser Rat teilweise mitverantwortlich, was ja auch nicht per se schlecht sein soll, aber Sie müssen dem Regierungsrat vielleicht dann schon auch konkreter sagen, wo er denn verzichten soll, wenn Sie der Meinung sind, dass er verzichten muss. Also diese Diskussion oder dieser Widerspruch, der lässt sich auch heute wahrscheinlich nicht auflösen



und ich erlebe Frau Regierungsrätin Tanja Soland zumindest auch nicht so, als würde sie das Budget einfach durchwinken und dann ein halbes Jahr pro Jahr frei haben, sondern ich erlebe sie da durchaus oder auch die Finanzkommission, glaube ich, als sehr kritisch und auch teilweise sehr zurückhaltend. Zumindest was die Antworten an die Adresse der Finanzkommission betrifft, wäre ja etwas weniger Zurückhaltung vielleicht manchmal sinnvoll, Frau Regierungsrätin, dann würde der eine oder andere Antrag vielleicht dann auch der Finanzkommission nicht so ausfallen, wie er nun eben auch heute zum Beispiel gestellt wurde.

Dann zum Votum von Patrizia Bernasconi. Ja, die OECD, das ist ein grosses Thema. Die Finanzkommission möchte hier nicht politisch eingreifen, möchte es auch nicht politisch werten, es ist ein hängiges Geschäft in der WAK. Was wir als Finanzkommission einfach sagen können, ist, wenn wir diese Gelder im ordentlichen Staatshaushalt zu budgetieren hätten, wird das einfach für die kommenden Jahre, und da widerspreche ich dann Daniel Seiler mit dem Finanzplan, enorm schwierig. Wir haben gehört, die Regierung hat einmal jetzt 300 Millionen für 2015 vorgesehen. Wenn Sie mit Unternehmen sprechen, die dann davon betroffen sind, sprechen die eher von 600 Millionen Franken, die da zu leisten sind, und wie wollen Sie dann, wenn Sie das in das ordentliche Budget einfliessen lassen würden, noch ein Budget erstellen, das dann heute so beschlossen werden kann und dann ein Jahr später oder etwas mehr wie ein Jahr später dann, wenn wir die Rechnung diskutieren, wirklich noch eine grosse Gültigkeit hat. Sie sehen, das ist auch ein bisschen dieses Problem, das wir auch haben als Finanzkommission mit dieser OECD-Umsetzung, da werden wir in den kommenden ein, zwei Jahren wahrscheinlich schon noch auch das eine oder andere Mal etwas überrascht werden. Das versuchen wir in unserem Bericht auch möglichst neutral darzustellen.

Dann der letzte Punkt, die Digitalisierung, ein Lieblingsthema von Oliver Battaglia. Das wissen wir, auch die Mitglieder der Finanzkommission wissen das, mein Lieblingsthema, das sage ich ganz offen, ist es nicht. Ich erlebe es einfach so, in den letzten Jahren wurde viel in die Digitalisierung investiert, auch im Kanton Basel-Stadt, aber irgendetwas günstiger wurde dadurch nicht und es wurde auch nichts einfacher. Das ist wahrscheinlich auch ein bisschen das Problem bei diesem Themenfeld und deshalb haben wir auch eine sehr hohe Zahl an externen Mitarbeitern, 131, das haben wir gehört, die alleine bei IT BS für diese Digitalisierung im weitesten Sinne involviert sind. Und da ist aus meiner Sicht auch noch besonders beachtlich, dass der Regierungsrat auch gar nicht in der Lage ist, uns eine sehr konkrete Zusammenstellung zu machen, wer überhaupt wo, auch in den Departementen für solche Digitalisierungsprojekte als externe Mitarbeiter für was und für wie lange angestellt ist. Und da wünschen wir uns als Finanzkommission, deshalb möchte ich das noch einmal erwähnen, dass sich das deutlich ändert. Wir hoffen, dass da auch vielleicht die Medienmitteilung des Regierungsrates zur Digitalisierung von letzter Woche auch ein weiterer Bestandteil ist, dieses Thema genauer dann wieder anzuschauen. Dieses Thema wird uns aber sicherlich auch im kommenden Jahr und in den nächsten Jahren nicht verlassen.

Ich werde dann im Anschluss bei den Anträgen noch einmal kurz etwas sagen, weil auch einzelne Fraktionssprecher jetzt schon zu den Anträgen etwas inhaltlich wurden. Da möchte ich dann das eine oder andere vielleicht auch noch richtigstellen, wenn wir dann aber bei der Debatte zu den Anträgen sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen und wir gehen weiter. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Budgets 2025, Erfolgsrechnung

Die Detailberatung des Budgets erfolgt wie erläutert nach Departementen gemäss dem Bericht der Finanzkommission und subsidiär gemäss dem Budgetbericht. Bei jedem Departement werden zuerst die eingegangenen Anträge benannt. Danach erhält das Wort der Referent der Finanzkommission und der Vertreter oder die Vertreterin des Regierungsrates. Dann folgt die Beratung der Anträge und deren Bereinigung. Das Vorgezogene Budgetpostulat wird beim Präsidialdepartement besprochen. Am Schluss der Detailberatung steht die Investitionsübersichtsliste.

Wir beginnen mit den allgemeinen Themen (Kommissionsbericht, Seiten 4 bis 15).

Wünschen Sie dazu das Wort? Es wird verzichtet, es sind keine Wortmeldungen eingetragen.

Damit sind wir bei den gesamtkantonalen Feststellungen (Kommissionsbericht, Seite 16 bis 19).

Auch hier wird verzichtet, auch hier haben wir keine Wortmeldungen.

Wir kommen damit zum Präsidialdepartement (Kommissionsbericht, Seite 20).

Hier liegt ein Änderungsantrag der SVP vor, der schon benannt wurde. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach den Änderungsantrag.

Und dann kommt auch noch das Vorgezogene Budgetpostulat.

Zuerst allgemeine Debatte zum Präsidialdepartement. Das Wort hat Joël Thüring, er verzichtet. Der Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet ebenfalls und es liegen keine Wortmeldungen vor.



Damit sind wir beim Änderungsantrag der SVP. Es geht um die Dienststelle eHR-Projekte (Budgetbericht, Kapitel 3.2.1, Seite 49), Erfolgsrechnung, Verbesserung um 133'500 Franken. Der Antragsteller der SVP Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Hier bei diesem Antrag geht es nicht um steigende Schülerzahlen, wie auch bei sehr häufigen Abänderungsanträgen beim Budget der SVP. Wir beantragen, dass hier im Rahmen der Umsetzung der eHR-Projekte neugeschaffene Stellen in den Departementen, dass darauf zu verzichten sei und die Massnahmen sowie einen etwaigen Mehraufwand mit den bereits vorhandenen Ressourcen abzufangen sind. Entsprechend beantragt die SVP, auf die entsprechende Personal- und Sachaufwandsteigerung im PD, aber auch im BVD, im GD und im WSU zu verzichten, insgesamt in fünf Departementen.

Ich verweise hier auf das gute Votum von Oliver Battaglia, der sich ja im Eintretensvotum zur Digitalisierung geäussert hat und dort auch gewisse Punkte kritisiert hat, dass wir hier gewisse Probleme haben. Es ist auch so, dass in den letzten Jahren zahlreiche Digitalisierungsprojekte in der Budgetdebatte auch diskutiert wurden und diese neuen Stellen auch geschaffen wurden. Wir werden hier einfach das Gefühl nicht los, das jedes einzelne Departement sein eigenes Süppchen kocht, trotzdem gibt es aber noch überall externe Mitarbeiter. Wir von der SVP-Fraktion erhoffen uns eigentlich von der Digitalisierung auch eine gewisse Effizienz und Einsparungen. Aber was wir in den letzten Jahren hier im Bereich der Digitalisierung haben, sind Ausgaben, Ausgaben, Ausgaben, jedes Jahr neue Projekte und irgendwann muss man dann auch einmal sagen; Stopp, zurück an den Absender oder das sprechen wir jetzt hier nicht.

Aus diesem Grund haben wir hier diese fünf Departemente ausgesucht und sind der Meinung, dass hier das nicht gesprochen werden soll und wir hier vielleicht eher mal auch eine gewisse Gesamtschau in der Regierung benötigen, was es denn wirklich im Digitalisierungsprozess braucht und was nicht, aber jedes Jahr neue Stellen in unterschiedlichen Departementen, das erachten wir auch als ausufernd und dementsprechend sind wir hier der Meinung, dass wir hier diese Stellen nicht sprechen sollten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission hat diesen Antrag nicht vorliegen gehabt, sie hat deshalb ihn auch nicht beraten können. Die Finanzkommission hat aber, wie ich in meinem Eintretensvotum gesagt habe, natürlich das gesamte Budget des Kantons angeschaut und war nicht der Ansicht, dass diese 0,8 HC im PD, und wie ich Pascal Messerli richtig verstanden habe, dann auch in den anderen Departementen respektive dort würde er dann den Antrag zurückziehen, wenn dieser hier keine Mehrheit findet, deshalb kann ich das jetzt auch noch für die anderen vier Anträge gleich sagen, wir haben nicht den Eindruck, dass diese je 0,8 HC gestrichen werden sollen und deshalb bitte ich Sie, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Präsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Finanzdirektorin hat in der Eintretensdebatte bereits einlässliche Stellung genommen zu diesen Änderungsanträgen, die Sie ja bei fünf von sieben Departementen einbringen. Sie hat geschildert, dass das Projekt als solches wichtig ist, um auch in HR-Themen als riesiger Arbeitgeber, der der Kanton ist, auf einem aktuellen guten Stand zu sein, die gute Aufnahme des Projekts und/aber auch die Notwendigkeit von zusätzlichen Ressourcen, auch mit dem Hinweis, dass gerade im Human Resources-Bereich im Kanton in den letzten Jahren kaum investiert werden konnte. Und um es nochmals deutlich zu sagen, auch aus Sicht meines Departements, der Aufbau und die Betreuung der Systeme kann ohne die im Budget beantragten zusätzlichen Stellen nicht umgesetzt, nicht realisiert werden. Deshalb bitte ich Sie, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über den Änderungsantrag der SVP zur Dienststelle eHR-Projekte im Präsidialdepartement ab.

Abstimmung

JA: heisst Zustimmung zum Antrag der SVP, NEIN: heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung



13 Ja, 75 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005247, 18.12.24 11:19:16]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 75 Nein-Stimmen gegen 13 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Wir kommen zum Vorgezogenen Budgetpostulat Oliver Bolliger, Präsidiyaldepartement, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Quartierjobs, über 40'000 Franken.

Der Regierungsrat hat das Vorgezogene Budgetpostulat erfüllt mit einer Budgeterhöhung um 40'000 Franken. Das ist im Budgetbuch auf Seite 308. Gibt es dazu Anträge? Das ist nicht der Fall, damit ist das Vorgezogene Budgetpostulat erledigt.

Daniel Seiler möchte einen Antrag stellen. Er hat das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Wir diskutieren jetzt über dieses Budgetpostulat Quartierjobs schon wieder und müssen wieder eigentlich darüber abstimmen. Ich weiss, wir haben das im Februar oder die Mehrheit hat das überwiesen, jetzt kommt das wieder. Ich verstehe nicht alles ganz richtig, ich bin ja immer noch relativ neu, aber ich frage mich schon, ob wir jetzt fast ein Jahr später nicht zumindest einen Zwischenstand hätten haben können über diese Quartierjobs. 2022 gab es ein Neustart, wir haben noch nicht mal gehört, wie es 2023 lief, geschweige denn eine Hochrechnung über das Jahr 2024. Also von dem her ist es ein bisschen irritierend für mich und daher lehnt die FDP und auch die LDP das Ganze ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Daniel Seiler, dass wir darüber heute abstimmen müssen, das müssen wir jetzt wegen Ihnen, weil Sie einen Antrag stellen. Aber dass wir heute darüber sprechen müssen, das ist korrekt, weil es ein Vorgezogenes Budgetpostulat für das Jahr 2025 ist. Deshalb kann ich jetzt in Ihrem Votum, «jetzt kommt das schon wieder», relativ wenig anfangen. Dass es schon wieder kommt, liegt daran, dass es ein Vorgezogenes Budgetpostulat 2025 ist. Deshalb kommt es jetzt schon wieder. Das einfach vielleicht zur Einordnung des Prozesses, vielleicht für das nächste Mal.

Die Finanzkommission nimmt dazu ja auch Stellung in ihrem Budgetbericht auf Seite 51 und 52 und wir weisen darauf hin, dass der Regierungsrat, und ich vermute, Regierungspräsident Conradin Cramer wird das jetzt auch noch sagen, dieses Budgetpostulat vom Regierungsrat erfüllt wird. Aber der Wunsch dieses Budgetpostulats war durch Abstimmung in diesem Grossen Rat entsprechend schon so geäussert worden, deshalb vollzieht auch hier der Regierungsrat das, da sind wir wieder bei der vorherigen Debatte vielleicht, was wir hier drinnen beschlossen haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Conradin Cramer, möchten Sie das sagen, was Joël Thüring gesagt hat?

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich sage das gerne, aber nicht, weil Herr Thüring gesagt hat, dass ich es sagen soll, sondern weil tatsächlich nicht mehr allzu viel Diskussionsbedarf hier wahrscheinlich ist. Mit der Weiterführung dieses jährlichen Beitrags von 40'000 Franken kann der Verein seine finanzielle Lage stabilisieren, das Angebot etablieren, ausbauen. Der Regierungsrat sieht das auch so und hat deshalb diesen Betrag von 40'000 Franken ins Budget 2025 eingestellt. Das, und da kann ich vielleicht auch Daniel Seiler beruhigen, entlastet nicht den Verein von der Erwartung, dass weiterhin selbstverständlich Stiftungsgelder und auch andere Drittmittel generiert werden, aber was das Budgetpostulat angeht, besteht hier Einigkeit. Wir haben das so ins Budget aufgenommen und entsprechend ist es bereits vollständig erfüllt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Oliver Bolliger gemeldet.



Oliver Bolliger (GAB): Einfach nur kurz vielleicht zu Daniel Seiler, genau deswegen habe ich ja das schon vorausschauend für zwei Jahre so gemacht, weil ich dachte, ich will nicht jedes Jahr mit einem Budgetpostulat kommen und auch irgendwie indirekt mit diesen zwei Budgetpostulaten die Regierung beauftragen, diese Fragenstellung mit den Quartierjobs endgültig mal zu klären, damit das nicht immer wiederholt daherkommt. Ich bedanke mich bei der Regierung, dass sie vorausschauend auch diese Fragestellung jetzt geklärt haben, sogar den Betrag erhöht haben auf diese notwendigen 40'000 Franken, um der Institution Quartierjobs wirklich für die Zukunft diese Fragestellung abschliessend zu klären. Wie auch Herr Regierungsrat Cramer gesagt hat, Quartierjobs müssen weiterhin Drittmittel finanzieren, damit sie über die Runden kommen, und sie müssen auch weiterhin ihre Leistungen, ein Teil ist auch leistungsorientiert, diese müssen sie auch erbringen, um überhaupt sich zu finanzieren und von dem her ist es wirklich ein vorausschauendes Budgetpostulat gewesen, das jetzt die Regierung umsetzt und ich bedanke mich dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eine Bemerkung zum Ablauf. Der Antrag von Daniel Seiler ist eigentlich ein Budget-Verbesserungsantrag, der schriftlich eingereicht werden muss, wie alle anderen auch. Das ist nicht der Fall, aber ich gehe davon aus, dass wir das alle so richtig verstanden haben, wie es ist, und dass wir darüber abstimmen können. Sonst müssten wir jetzt die Sitzung unterbrechen und es allen schriftlich noch vorlegen. Es geht um die 40'000 Franken, die Daniel Seiler in einem Budget-Verbesserungsantrag wieder streichen möchte. Es hätten Conradin Cramer und Joël Thüring nochmals das Wort, sie verzichten. Wir stimmen über diesen Antrag ab. Eric Weber hat sich noch für ein Votum gemeldet und hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist mir neu nach 41 Jahren Grossrat, dass man da einfach mündlich einen Antrag stellen kann. Ich war um 8 Uhr morgens hier, ich habe meine zwei Anträge gestellt. Ich verlange Rückweisung des Antrages und Nichteintreten, der muss schriftlich vorliegen. Ich bitte um Unterbrechung. Wir können nicht einfach hier Fantasieanträge stellen und dann abstimmen. Das geht nur schriftlich, sonst ist es nicht richtig und gültig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen zuerst über den Ordnungsantrag von Eric Weber ab, ob Sie diesen Antrag schriftlich benötigen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung Ordnungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 83 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005249, 18.12.24 11:27:01]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 93 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen führen dazu, dass wir jetzt über diesen Antrag von Daniel Seiler abstimmen.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung zur Budgetverbesserung Quartierjobs, das heisst Streichen von 40'000 Franken. NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

19 Ja, 75 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005251, 18.12.24 11:27:43]



Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 75 Nein-Stimmen gegen 19 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Damit kommen wir zum Bau- und Verkehrsdepartement (Kommissionsbericht, Seite 23).

Hier liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion SVP vor, wenn sie daran festhält. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Zuerst zum Departement. Joël Thüring verzichtet, Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenso.

Damit sind wir beim Änderungsantrag. Alle Anträge zum eHR werden zurückgezogen. Es gibt aber noch einen anderen Änderungsantrag und der geht um die Dienststelle 601 Generalsekretariat, 651 Grundbuch- und Vermessungsamt sowie 661 Städtebau und Architektur, Personal- und Sachaufwand (Budgetbericht, Kapitel 3.3, Seite 87) Erfolgsrechnung. Es geht um eine Verbesserung über 180'000 Franken. Das Wort hat der Antragsteller Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Das ist schon der letzte Antrag von uns. Tobias Christ hat es ja auch schon in der Eintretensdebatte thematisiert, diesen Antrag, er hat dort gesagt, dass ihn die Ausführung innerhalb der Finanzkommission überzeugt habe. Es ist so, dass es bei der SVP-Fraktion anders war, uns hat die Ausführung der Finanzkommission in diesem Bereich nicht überzeugt, weshalb hier dieser Headcount von 1,0 Stellen gesprochen werden soll. Wir hatten auch in den letzten Jahren nicht nur bei der Digitalisierung, sondern auch im Bauwesen zahlreiche Mehrausgaben in diesem Bereich und immer wieder neue Stellen gesprochen. Bei den letzten Jahren war es häufig in den Transformationsarealen so und dementsprechend sind wir hier der Meinung, dass wir auch hier einmal kürzen sollten. Es gibt immer wieder die gleichen Ausreden, das Bauen wird aufwändiger und komplizierter, der Klimaschutz wird aufwändiger und komplizierter, die Architektur wird aufwändiger und komplizierter, die Infrastruktur wird aufwendiger und komplizierter und so sprechen wir Jahr für Jahr basierend auf diesem Narrativ einfach neue Stellen.

Hier ist die SVP-Fraktion entschieden der Meinung, dass es auch hier einmal einen Stopp benötigt, gerade auch, wenn man die Gesamtfinanzen des Kantons anschaut, dann muss man irgendwann auch mal b) sagen und nicht immer nur kritisieren, sondern auch wirklich mal überlegen, wo könnte man vielleicht das eine oder andere einsparen. Hier sind wir zum Entschluss gekommen, dass das auch departementsintern kompensiert werden kann und dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Dieser Antrag lag nicht vor, die Finanzkommission konnte ihn deshalb nicht beraten. Wir haben aber, wie das ja auch Pascal Messerli und auch vorher schon in der Eintretensdebatte andere Fraktionssprecher ausgeführt haben, zu diesem Themenkomplex durchaus in unserem Finanzkommissionsbericht etwas festgehalten und damit wurde aus Sicht der Finanzkommission für den Moment alles gesagt.

Wir bitten Sie deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller ist die nächste Sprecherin für den Regierungsrat.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann die Anforderung der SVP, dass wir natürlich auf mehr Flächen auch mit Effizienzgewinnen reagieren, absolut nachvollziehen und ich kann Ihnen versichern, das tun wir auch. Es ist nicht so, dass wir für jede paar 100 oder 1'000 m² mehr Stellen erwarten. Wir haben sehr viel mehr Flächen auch abgefangen über Effizienzsteigerungen, das hat aber irgendwann auch eine Grenze. Ich glaube, es ist objektiv nachweisbar, dass die Flächen zugenommen haben, die wir betreuen. Es ist auch so, dass Sie im gleichen Budget, also in diesem Budget 2025 dem Finanzdepartement auch Mittel sprechen für den Unterhalt dieser zusätzlichen Fläche und das ist auch wichtig, weil Sie möchten ja auch in diese Gebäude investieren. Und deshalb, ich glaube, hier jetzt wirklich einen Headcount, um diese zusätzlichen Mittel auch wirklich umzusetzen, um in diese Gebäude zu investieren, ist sehr wichtig.



Und tatsächlich haben die Anforderungen zugenommen, ich nenne vielleicht zwei, drei als Beispiel. Wir haben zusätzliche Photovoltaikanlagen, die wir betreuen, aber auch Anlagen für die Elektromobilität oder Fassadenbegrünung. Ich glaube, das sind alles Ziele, die Sie uns auch mit auf den Weg gegeben haben und das braucht natürlich mehr Pflege. Ich denke aber auch daran, dass Gebäude heute höher technisiert sind als früher und generell auch höhere Anforderungen bestehen.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Diese Stellen sind für die energetische Transformation und Klimaneutralität von Gebäuden im Verwaltungsvermögen. Klimaneutralität, die bis 2037 erreicht werden muss. Das ist nötig und das ist dringend. Deshalb lehnen wir diesen Antrag der SVP ab.

Ich möchte die Gelegenheit nehmen, aber zu betonen, dass die Transformation der Staatsverwaltung in eine klimabewusste und Klimaschutz gerichtete Organisation nicht durch die Schaffung einer neuen Stelle geschehen soll, sondern durch einen Kulturwandel innerhalb der Verwaltung. Wir nehmen also den Regierungsrat beim Wort, wenn es heisst, dieser Kulturwandel braucht Zeit und wir nehmen die Absicht wahr, dass der Regierungsrat diesen Kulturwandel auch intern durchzuziehen gedenkt. Ich hoffe, dass keine grossen Stellenerhöhungen mehr in dieser Frage stattfinden werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Esther Keller verzichtet, Joël Thüring verzichtet ebenfalls. Wir stimmen über diesen Änderungsantrag ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der SVP, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 63 Nein, 1 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0005253, 18.12.24 11:34:49*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wurde abgelehnt mit 63 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit kommen wir zum Globalbudget Öffentlicher Verkehr.

Joël Thüring, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Raphael Fuhrer hat in der Eintretensdebatte für die UVEK schon gesprochen. Esther Keller verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Erziehungsdepartement (Kommissionsbericht, Seite 29).

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und kommen dann zum Änderungsantrag. Joël Thüring, wünschen Sie das Wort? Mustafa Atici wünscht es ebenfalls nicht. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Änderungsantrag angelangt. Der Regierungsrat beantragt eine Verbesserung um 1'000'573 Franken, Dienststelle 230 Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Budgetbuch, Kapitel 3.4)

Zuerst der Antragsteller Mustafa Atici für den Regierungsrat.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Lassen Sie mich zu Beginn nur ganz kurz etwas zur Thematik der Lehrmittel sagen. Lehrmittel spielen eine entscheidende Rolle in der Steuerung und Gestaltung des Unterrichts. Ein Lehrmittel hat die Funktion,



den Stoff zu bündeln, zu portionieren und didaktisch so aufzubereiten, dass den Lehrpersonen das Unterrichten erleichtert wird. In den letzten Jahren fanden zudem immer mehr digitale Lehrmittel Eingang in den Unterricht. So werden heute im Unterricht oft analoge und digitale Lehrmittel parallel und ergänzend zueinander verwendet.

Kommen wir nun zum Antrag der Finanzkommission über eine Erhöhung des ED-Budgets für Schulmaterial. Für die kommenden Jahre rechnet der Regierungsrat mit einem ausgeglichenen, wenn nicht gar leicht negativen Jahresergebnis. Trotz der jeweiligen sehr guten Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre müssen wir somit eine gewisse Budgetdisziplin für die kommenden Jahre praktizieren. Des Weiteren hat das Erziehungsdepartement in den letzten Jahren in diversen Bereichen stetig und nachhaltig investiert. So wurden viele Angebote auf- und ausgebaut, zum Beispiel Tagesbetreuung, integrative Schule und Digitalisierung.

Aus finanzpolitischen Gründen lehnt der Regierungsrat den Antrag der Finanzkommission auf Erhöhung des Lehrmittelbudgets ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission spricht Joël Thüning.

Joël Thüning (SVP): Sie haben den Antrag der Finanzkommission im Bericht ausgeführt erhalten. Ich habe jetzt dem Votum von Regierungsrat Mustafa Atici auch noch zugehört. Wir haben in unserem Bericht geschildert, weshalb wir finden, dass dieses Lehrmittelbudget entsprechend erhöht werden soll. Wir haben unter anderem ja auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass dies seit 2015 erst einmal der Fall war, nämlich 2022, und wir haben natürlich auch zur Kenntnis nehmen können, dass der gesellschaftliche Wandel dahingehend ist, dass eben sehr viel mehr auch digital stattfindet und dass diese Lizenzen etwas kosten und dass diese Lizenzen letztlich fast, weil sie pro Kopf sind, dann teurer sind wie das altklassische Buch, das man auf dem Tisch hat.

Ich möchte da nur ganz kurz einfach noch auf den zweiten Punkt eingehen, das haben wir auch in unserem Bericht noch aufgeschrieben, dass Lehrpersonen dann für den Bezug oder für den Kauf von Lehrmitteln und Materialien teilweise das dann auch noch aus dem eigenen Sack bezahlen müssen. Das ist aus unserer Sicht ein Unding und wenn wir über diese 5,2 Milliarden sprechen, die der Kanton pro Jahr ausgibt und auch einnimmt, dann sind wir der Meinung, dass das nicht sein kann.

Deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag zu folgen, der ja auch sehr detailliert aufschlüsselt, in welchen Bereichen, das wie notwendig ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurden keine Fraktionsvoten gemeldet, aber ein Einzelvotum. Jessica Brandenburger hat das Wort.

Jessica Brandenburger (SP): Wir sind als Kommission zum Schluss gekommen, dass dieser Antrag sehr wichtig ist, gerade deshalb, weil wir wirklich mit sehr vielen Lehrpersonen gesprochen haben und wir wirklich keine einzige Lehrperson gefunden haben, die gesagt hat, dass sie noch nie eigenes Geld aufgewendet hat für ihren Beruf und das ist schon ein sehr spezieller Umstand. Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber eigentlich sollte es ja schon nicht so sein, dass privates Geld aufgewendet werden muss, damit ein funktionierender Schulunterricht stattfinden kann. Früher war es so, man hat ein Buch gekauft, ein Mathematikbuch 5. Klasse, und wenn die 5. Klasse fertig war, dann hat man das Buch an den nächsten Fünftklässler weitergegeben. Heute funktioniert das mit dem Buch halt immer noch so, aber die Lizenz, also das digitale Produkt, das es zu dem Buch gibt, das ist auf eine E-Mailadresse abgeschlossen und die E-Mailadresse, die funktioniert nur für dieses eine Kind. Das haben die Verlage sehr clever gemacht. Und wenn das nächste Kind kommt, dann muss die nächste digitale Lizenz abgeschlossen werden und das kostet.

Das führt dazu, dass dann die Budgets der einzelnen Klassen angezapft werden, und im Umkehrschluss führt das dazu, dass für andere Dinge kein Geld mehr übrig ist, also zum Beispiel für Ausflüge, und je nach Klassenstufe macht das einen grossen Unterschied. In einem P-Zug, also in der Sek zum Beispiel, da bleibt dann nicht mehr viel übrig in der Klassenkasse, weil die Klassenkasse, das ist auch die Kasse, die von den Eltern bestückt wird. Da haben mir Lehrpersonen gesagt, ja, weisst du, unsere Klassenkasse, die ist einfach leer, weil meine Eltern, die haben gar kein Geld, da kann ich schon fragen, aber eigentlich, die Klassenkasse, das gibt es bei mir gar nicht und darum wird die Klassenkasse einfach von mir gefüllt und das Geld, das fehlt, das schiesse ich einfach ein.

Ich finde, das geht einfach nicht. Wir können doch nicht von den Lehrpersonen erwarten, dass sie dieses Geld einschiesse. Es geht da wirklich nicht um Luxus-Dinger, es geht wirklich nicht darum, dass wir den Lehrpersonen irgendwie ein schön eingerichtetes Klassenzimmer finanzieren oder irgendwelche super tollen Stifte oder irgend sowas. Es geht wirklich darum, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern das Schulmaterial, das sie für den Unterricht brauchen, finanzieren.



Darum haben wir jetzt diesen Antrag gestellt und ich bin wirklich froh, dass wir eine solide Mehrheit für diesen Antrag haben. Die Lehrpersonen sind Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesen Antrag unterstützen und es ist wirklich Zeit, dass wir unser Budget den Realitäten in den Schulzimmern anpassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Mustafa Atici und Joël Thüning verzichten. Wir stimmen ab über den Änderungsantrag des Regierungsrates, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

17 Ja, 79 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005255, 18.12.24 11:43:27]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wurde abgelehnt mit 79 Nein-Stimmen gegen 17 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit sind wir beim Finanzdepartement angekommen (Kommissionsbericht, Seite 32).

Der Änderungsantrag der SVP wurde zurückgezogen. Wir führen deshalb nur eine allgemeine Debatte zum Departement. Zuerst Joël Thüning, der verzichtet, dann Tanja Soland, die ebenfalls verzichtet. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Gesundheitsdepartement (Kommissionsbericht, Seite 33).

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Der Änderungsantrag zum Gesundheitsdepartement der SVP wurde ebenfalls zurückgezogen. Zuerst die allgemeine Debatte. Joël Thüning, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Lukas Engelberger verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Damit sind wir beim Änderungsantrag des Regierungsrates, Dienststelle 30 Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Budgetbuch, Kapitel 5.5.1) Erfolgsrechnung. Es geht um eine Verbesserung um 120'000 Franken. Zuerst hat der Antragsteller Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Mittel im Budget 2025 für die Ausbildungsoffensive zur Umsetzung des Verfassungsartikels Pflege um 120'000 Franken zu erhöhen, wir haben es gehört, um damit die Ausbildung von Hebammen zu fördern. Darin ist zunächst eine berechnete Anerkennung dieses Berufsstands zu sehen. Dem möchten wir uns insofern durchaus anschliessen, wir stellen jedoch Gegenantrag und möchten Ihnen vorschlagen, von dieser Erhöhung gegenüber dem regierungsrätlichen Budget abzusehen. Ich führe das etwas aus.

Die gesetzliche Grundlage der Ausbildungsoffensive Pflege ist das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege. Dieses beschränkt die Förderung, diese Extraförderung sozusagen, auf die Ausbildung von Pflegefachpersonen und das ist definiert. Das betrifft den Bildungsgang Pflege an einer höheren Fachschule sowie den Bachelor-Studiengang Pflege an einer Fachhochschule. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben die Förderung dieser Bildungsgänge auf kantonaler Ebene ergänzt um die Ausbildung zur Fachfrau oder zum Fachmann Gesundheit EFZ. Das ist eine Erweiterung. Wir haben das gemacht, weil diese Ausbildung eine mögliche Vorstufe zu den beiden vom Bund geförderten Pflegeausbildungen ist und somit ein wichtiger Zubringer sozusagen für diese Pflegeberufe.

Gestützt auf den neuen seit 1. August geltenden § 60a Abs. 7 des kantonalen Gesundheitsgesetzes hat der Kanton Basel-Stadt die Möglichkeit, bei ausgewiesenem Bedarf zusätzliche Ausbildungen zu fördern. Diese Möglichkeit beschränkt sich jedoch ebenfalls auf weitere Ausbildungen im Bereich der Pflege. Beispiele hierfür wären etwa Nachdiplom-Studiengänge wie Anästhesie oder Intensivpflege sowie die Ausbildung zur Assistentin bzw. zum Assistenten Gesundheit und Soziales. Das wäre abgedeckt von diesen spezifischen Bestimmungen zur Ausbildungsoffensive Pflege.



Der Beruf der Hebamme oder des Geburtshelfers beinhaltet zwar Elemente der Pflege, ist jedoch kein Pflegeberuf an sich. So ist auch die Ausbildung zur Hebamme in der Bildungssystematik gesondert von derjenigen zur Pflegefachperson geregelt. Die Ausbildung zur Hebamme ist somit nicht zu den Ausbildungen im Bereich der Pflege zu zählen und kann deshalb auch nicht so ohne weiteres unter diese Bestimmungen und unter diese Sondermittel Ausbildungsoffensive Pflege subsumiert werden. Die Förderung der Hebammen-Ausbildung gestützt auf die Grundlagen zur Ausbildungsoffensive Pflege ist somit zumindest rechtlich fraglich. Die von der Finanzkommission beantragte Erhöhung der Mittel im Budget des Gesundheitsdepartements würde demnach wahrscheinlich ins Leere laufen.

Dies bedeutet nun nicht, dass eine kantonale Förderung der Hebammen-Ausbildung nicht trotzdem sinnvoll sein könnte, dafür müsste aber zunächst die Versorgungs- und Ausbildungssituation der Hebammen eingehend analysiert werden. Zudem müsste eine allfällige Förderung der Hebammen-Ausbildung vorgängig mit den zuständigen Fachpersonen und Fachorganisationen und auch den politischen Partnern, namentlich aus dem Bildungsbereich, vertieft geprüft werden. Dies unter anderem eben auch mit Blick auf die Rechtsgrundlagen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass die Ausbildungsförderung auch weiterer Gesundheitsberufe diskutiert wird und insofern wäre eine systematischere Betrachtungsweise in Zukunft sinnvoller und zielführender, unserer Meinung nach, als diese jetzt schon eher willkürliche Fokussierung auf die Hebammen-Ausbildung.

Ich möchte Ihnen deshalb beliebt machen, jetzt auf diese Budgeterhöhung nicht einzugehen und beim regierungsrätlichen Vorschlag zu bleiben. Danke für das Verständnis.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir bitten Sie, weiterhin am Antrag der Finanzkommission festzuhalten und diese 120'000 Franken für angehende Hebammen zu sprechen.

Wir haben jetzt Regierungsrat Lukas Engelberger gehört, der in erster Linie auch etwas juristisch argumentiert hat. Wir interpretieren es juristisch anders. Wir verweisen auf § 60a des Gesundheitsgesetzes, das das aus unserer Sicht auch tatsächlich so ermöglicht. Dort geht es um die Förderung der Ausbildung und auf diesen entsprechenden Gesetzesartikel nehmen wir auch Bezug. Wir sind der Meinung, dass es hier eine entsprechende Unterstützungsleistung oder zusätzliche Mittel benötigt, die der Kanton sprechen kann und auch sprechen soll. Wir erkennen dort in diesem spezifischen Fall, der ja tatsächlich auch nicht so wahnsinnig viele Menschen letztlich betrifft, wir sprechen hier nicht von 1'000 Hebammen, um vielleicht auch das Ganze wieder ein bisschen zusammenzurücken, deshalb ist ja auch der Betrag sehr gering. Wir sprechen hier von wenigen Personen, nur zumeist Frauen, die Hebammen sind. Dass es dort einen Bedarf gibt, das zeigt sich auch, wenn man mit Vertreterinnen und Vertreter der Branche spricht und auch mit Personen, die in diesem Bereich selber tätig sind, dass wir dort auch in die Ausbildung investieren müssen, investieren sollen und wir sind der Meinung, dass dies mit der Gesetzgebung im § 60a unseres kantonalen Gesundheitsgesetzes so sicher möglich ist und auch aus unserer Sicht, fern der juristischen Beurteilung, richtig und notwendig erscheint.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Antrag der Finanzkommission mit Ihrer Ja-Stimme zu stützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Georg Mattmüller, der sich als Einzelsprecher gemeldet hat.

Georg Mattmüller (SP): Ich möchte das Votum des Finanzkommissionspräsidenten insofern stützen und ergänzen, dass ich einfach sagen möchte, bei den Hebammen ist das Feld dünn in der Ausbildung. Man muss schauen, dass da auch in naher Zukunft genügend Ausbildungswillige ihre Ausbildung machen können. Noch dünner ist das Angebotsfeld der Institutionen und Organisationen, die diese Praxis-Module anbieten, die es im Rahmen der Hebammen-Ausbildung braucht, die dann für die pflegespezifischen Ausbildungsinhalte am Bett, in der Pflege, und das auch zum Unterschied zu anderen Gesundheitsberufen, dann auch wirklich ausbilden. Da ist wichtig, dass wir nicht weitere Jahre ins Feld ziehen lassen und deshalb diesen Antrag unterstützen, auch wenn die juristische Subsumtion ein bisschen hinken mag, wobei in einer erweiterten Ausgangslage dann weitere Gesundheitsberufe unter eben den genau gleichen Artikel 60a Abs. 7 subsumiert werden müsste.

Insofern, bitte unterstützen Sie den Antrag, diese Hebammen-Ausbildung zu finanzieren, und lehnen den Antrag des Regierungsrates ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Lukas Engelberger, wünschen Sie nochmals das Wort? Er verzichtet, der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Damit stimmen wir über den Änderungsantrag des Regierungsrates ab.



Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 91 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005257, 18.12.24 11:54:06]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag des Regierungsrates wird abgelehnt mit 91 Nein-Stimmen gegen 2 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit kommen wir zum Justiz- und Sicherheitsdepartement (Kommissionsbericht, Seite 36)

Ich möchte einleitend sagen, dass sich Stephanie Eymann hat entschuldigen müssen, sie ist krank und wir wünschen ihr von Herzen gute Besserung.

Hier liegen Änderungsanträge vor. Einer von Eric Weber, einer des Regierungsrates und der Fraktion SP zum selben Thema.

Wir kommen nach dem allgemeinen Teil zum Departement zum ersten Antrag von Eric Weber. Joël Thüring, wünschen Sie zum JSD allgemein das Wort? Er verzichtet. Für den Regierungsrat verzichtet Tanja Soland ebenfalls.

Damit sind wir beim genannten Änderungsantrag. Es geht um die Dienststelle Staatsanwaltschaft (Budgetbericht, Kapitel 3.7.7, Seite 233) Erfolgsrechnung und um eine Verbesserung von 25'520'950 Franken. Herr Weber, Sie haben das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich kurzfassen. Ich muss aber trotzdem darauf aufmerksam machen, dass ich in einer gleichen Sache vor etwa acht Jahren das Wort entzogen bekommen habe, obwohl ich nur die Begründung vorgelesen habe. Die Begründung wurde ja schriftlich abgegeben und geprüft und wenn Begründung draufsteht, darf ich die auch vorlesen. Ich habe den Antrag gestellt, weil ich ständig eingesperrt werde. Ich habe keine drei Wahlcouverts gestohlen. Die Staatsanwaltschaft hat zu viel Personal. Darum habe ich den Antrag gestellt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring, wünschen Sie das Wort? Tanja Soland verzichtet ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über den Antrag von Eric Weber ab.

Abstimmung

JAheisst Zustimmung zum Antrag von Herrn Weber, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005259, 18.12.24 11:56:57]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 88 Nein-Stimmen gegen 1 Ja-Stimme.

Es liegen noch zwei Änderungsanträge vor, die aber jetzt nicht mehr behandelt werden können, weil wir in die Mittagspause gehen. Wir fahren damit um 15 Uhr fort.

Schluss der 43. Sitzung

11:57 Uhr